

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 RM. monatlich 1,10 RM.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonial-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 15. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Einbruch in die französische Argonnenfront.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. Juli. (B. Z. V.) Amtlicher Heeres-
bericht von gestern nachmittag. Vor unseren
Stellungen im Labyrinth versuchten die Deutschen unter
dem Schutze eines heftigen Kreuzfeuers einen Nachtangriff.

Paris, 14. Juli. (B. Z. V.) Amtlicher Kriegs-
bericht von Dienstagabend. In Belgien er-
folgte eine Beschichtung der französischen und der englischen
Linien. Die Deutschen verwendeten Granaten mit erstidenden
Gasen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 14. Juli. (B. Z. V.) Der große General-
stab teilt mit: Die britischen Aktionen an der Dobru-
und Narentenfront dauern fort. Bei Dissowice und Zebabno herrschte vom
11. abends bis zum 12. früh lebhaftes Artilleriefeuer.

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Juli. (B. Z. V.) Bericht der Heeresleitung
vom 13. Juli: Die allgemeine Lage ist unver-
ändert auf der ganzen Front. Gestern früh bombardierte
eines unserer Flugzeuggeschwader wirksam aus einer Höhe
von 600 Meter ein bedeutendes Lager des Feindes bei Görz-
gez. Cadorna.

Die Ziele Italiens.

Dem „A. L. A.“ wird aus Kopenhagen vom 14. Juli be-
richtet: Der italienische Korrespondent der „Nationaltidende“ Gan-
dolf meldet, er sei bemüht, über die Ziele Italiens mitzuteilen:
Gegenwärtig verfolge Italien das Ziel, das es sich gesetzt habe,
nämlich die strategisch wichtigsten Punkte zu besetzen, die

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Juli
1915. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heute nacht wurden abermalige Handgranaten-
angriffe bei der Zuckerrübenfabrik von Souchez ab-
gewiesen.

Die Franzosen sprengten in der Gegend von
Trohon (westlich von Craonne) und von Berthes (in
der Champagne) erfolglos einige Minen. Unser Hand-
granatenfeuer hinderte sie, sich an den Sprengstellen fest-
zusetzen.

In den Argonnen führten deutsche Angriffe zu vollem
Erfolge: nordöstlich von Vienne—Le Chateau
wurde etwa in 1000 Metern Breite die französische Linie
genommen: 1 Offizier, 137 Mann wurden gefangen,
1 Maschinengewehr und 1 Minenwerfer erbeutet.

Südwestlich von Bourcuilles stürmten unsere
Truppen die feindliche Höhenstellung in einer Breite von
3 Kilometern und einer Tiefe von 1 Kilometer. Die Höhe
285 (La Fille Marie) ist in unserem Besitz. An un-
verwundeten Gefangenen fielen 2581 Fran-
zosen, darunter 51 Offiziere, in unsere
Hände. Außerdem wurden 300 bis 400 verwundete
Gefangene in Pflege genommen. 2 Gebirgsgeschütze,
2 Revolverkanonen, 6 Maschinengewehre und eine große
Menge Gerät wurden erbeutet. Unsere Truppen stehen
bis zu den Stellungen der französischen Artillerie vor und
machten 8 Geschütze unbrauchbar, die jetzt
zwischen den beiderseitigen Linien stehen.

Ein englischer Flugzeug wurde bei Trezenberg, nord-
östlich von Ypern, heruntergeschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Rjemen und Weichsel haben unsere
Truppen in Gegend Kalwarja, südwestlich Kolus, bei
Prasznitz und südlich Mlawa einige örtliche Erfolge
erzielt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den deutschen Truppen keine Änderungen.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 14. Juli. (B. Z. V.) Amtlich wird verlaut-
bart, 14. Juli 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die allgemeine Situation ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Von Artilleriekämpfen und Scharrmäulen abgesehen, hat
sich an der Südwestfront nichts ereignet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.

v. P o e f e r, Feldmarschalleutnant.

keine Grenzen gegen Oesterreich schäzen, um einen mög-
lichen österreichischen Einfall zu verhindern und gleichzeitig
die besetzten irredentistischen Gebiete zu behaupten. Es
kann aber selbstverständlich sich hierauf nicht beschränken. Für
Italien gilt nicht allein zu nehmen, sondern das Genommene auch
zu behalten. Es könne nicht hoffen, die eroberten Gebiete zu be-
halten, wenn der Krieg nicht zur Vernichtung des deutsch-öster-
reichischen Bündnisses führen würde. Italien führt also keinen be-
sonderen Krieg; sein Krieg ist derselbe wie derjenige Englands,
Frankreichs und Rußlands. Die Vermutung, daß Italien nur gegen
Oesterreich feindlich gesinnt und mit Deutschland zu jedem Ueber-
einkommen bereit sei, jetzt oder nach dem Kriege, entspricht nicht der
Wirklichkeit. Derselbe Korrespondent teilt mit, daß die italienische
Regierung das Uebereinkommen über Errichtung des Vier-
verbundes in London noch nicht unterzeichnet, aber bereits mündlich
ihre Zustimmung erteilt habe. Die Unterschrift wird erfolgen, wenn
Deutschlands Kriegserklärung an Italien oder die italienische Kriegs-
erklärung an Deutschland vorliegt. Dasselbe gilt von dem Ver-
hältnis zur Türkei. Bisher ist noch kein Abbruch der diplo-
matischen Beziehungen erfolgt, und der türkische Vorkämpfer
Rahm-Bey halte sich andauernd in Rom auf. Indessen werden
nahe bevorstehende Ereignisse eine Veränderung dieser Lage bringen.
Die Reise Salandras nach dem Hauptquartier zwecks Be-
sprechung mit dem König sei bereits ein Symptom hierfür.

Der Zukunftsstaat in Afrika.

Paul Rohrbach hat eine neue Broschüre veröffent-
licht. Sie trägt den Titel „Unsere koloniale Zukunftsarbeit“
und entwirft ein Bild von einem großen deutschen „Zukunfts-
staat“ in Afrika, den uns der Krieg bescheren soll. Es steht
vielerlei in dem Buche und es wäre manches dazu zu sagen.
Wir wollen für heute nur seine wichtigsten Teile einer
Betrachtung unterziehen.

Ein deutsches Kolonialreich, sagt Herr Rohrbach, hat es
vor dem Kriege in Afrika nicht gegeben. Was an deutschen
Kolonien im ehemals dunklen Erdteil vorhanden ist, sind An-
sätze zu einem solchen. Aber Ansätze, die so liegen, daß sie
durch den Ankauf der Gebiete schwächerer Kolonialstaaten zu
einem geschlossenen Ganzen ergänzt und zusammengefügt
werden können. Diese Gebiete sind der belgische Kongostaat
und das portugiesische Angola. Ueber den Uebergang dieser
weiten Länderstrecken in deutschen Besitz zu gegebener Zeit
habe sich die deutsche Regierung bereits vor dem Kriege mit
anderen Staaten verständigt, und zwar über den Kongostaat
mit Frankreich, über Angola mit England. So habe die
Möglichkeit bestanden, über kurz oder lang auf friedliche Weise
ein deutsch-afrikanisches Kolonialreich zu bilden.

Rohrbach deutet nun, mit großer Vorsicht zwar, aber doch
deutlich genug an, daß der Krieg so fort bringen kann, was
der Friede wahrscheinlich in einiger Zeit gebracht hätte: ein
großes deutsches Kolonialreich in Afrika.

In einem früher, aber auch während des Krieges er-
schienenen Buche hat Rohrbach schon einmal mit schwingvoller
Feder das Bild der zukünftigen kolonialen Größe Deutsch-
lands entworfen. Wir meinen sein Buch „Der deutsche Ge-
danke in der Welt“, das in den „Blauen Büchern“ des Ver-
lages Langewiesche herausgekommen ist. Ueber die geo-
graphische Ausdehnung spricht er sich dort nicht deutlich aus.
Aber wir entnehmen seinen Darstellungen, daß er sich das
neue Kolonialreich allen Ernstes als eine Ansiedlungskolonie
vorstellt, deren wirtschaftstechnische Grundlage der Ackerbau
ist. Und zwar der Ackerbau mit dem Pflug und dem Ochsen
und dem schwarzen Lohnsklaven. Allerdings hebt er ehrlicher-
weise hervor, daß Afrika niemals so vielen Weißen Nahrung
geben wird wie etwa Nordamerika, aber immerhin liege es
„im Bereich des Möglichen“, eine oder zwei Millio-
nen Deutsche in Afrika anzusiedeln. Sie werden dort die
soziale Ueberschicht bilden, während die Eingeborenen zur
„dienenden Klasse“ herabgedrückt werden. Das sei nötig, weil
erstens „die Eingeborenen einmal da sind, weil sie zahlreich,
kräftig und zu jeder körperlichen Hantierung fähig sind und
weil ihr Lohn und Unterhalt weit billiger ist, als der für
weiße Hilfskräfte“, — und weil zweitens das Klima dem
Weißen die anstrengende Feldarbeit nicht gestattet.

In seiner neuen Schrift spricht Rohrbach nun deutlicher
von den geographischen Grenzen des neuen deutschen Reiches
in Afrika. Wie schon oben angedeutet, ist der Blick der inter-
essierten Kreise vor allem auf den Kongostaat und Angola
gerichtet.

Vom Wert des belgischen Kongo soll man sich aber nicht
etwa „übertriebene Vorstellungen machen“, erklärt Herr Rohrbach.
Das Land ist zwar groß, aber mit ungeheurer Ur-
wald bedeckt, durch Raubbau aller Art ruiniert und von der
Schlafkrankheit durchseucht. Angola ist schon besser. Es hat
kulturfähige Hochflächen von der Größe Bayerns und ist auch
sonst ein reiches Land, aber es ist noch unentwikkelt und schwach
bevölkert. Das französische Äquatorialafrika ist nicht mehr
wert als der belgische Kongo. Zentralafrika allein würde
uns zwar große Gebiete, aber im Verhältnis dazu nicht genug
innere koloniale Werte geben. Wir brauchen daher auch noch
an anderen Stellen einen ausreichenden Erwerb — wollen
aber dieses Ziel lieber noch nicht enthüllen! Das klingt sehr
geheimnisvoll und verheißungsvoll, erweckt aber gar nicht
unsere Neugierde. Wir ersehen ja aus Rohrbachs Aus-
führungen, was er für erstrebenswert hält: Hochflächen, die
eine mäßige Ackerbaukultur gestatten. Angola mag dabei als
Beispiel dienen.

In dem neuen Kolonialreich wird es nun reiche Arbeit
geben. Es muß vor allem von einem Uebel befreit werden,
das den Ackerbau, den Träger der neudeutsch-afrikanischen
Kultur, unmöglich macht: die Tse-tse-Fliege. Rohrbach
kennzeichnet ihr vernichtendes Treiben mit folgenden Sätzen:
„Sie überträgt durch ihren Stich ein tödlich wirkendes Klein-
lebewesen auf Kinder und Pferde. Wo es tiefsteht, gibt
keine Rinderzucht betrieben werden. Wo es keine Rinder-
zucht gibt, gibt es keinen Ackerbau mit dem Pflug.“ Also:

*) Die Zeits. v. M. S. D., Stuttgart, 60. Seite 80 ff.

Die Zettelfliege verhindert die Rinderzucht mit Ausnahme einiger Gebiete, die sehr trocken sind oder sehr hoch liegen, aber nur inselartig durch Afrika zerstreut sind und keinen Zusammenhang haben. In allen übrigen Gebieten gibt es keine Rinder und mithin keinen Dung für den Acker und keinen Verkehr mit Wagen und Pferd. Ferner gibt es keine Milch und somit eine große Säuglingssterblichkeit und eine beschränkte Volksvermehrung. Darum schreibt Rohrbach die Vernichtung der Zettelfliege auf die Fahne seines Kolonialreiches und auch jener Verwandten der Zetse, die die Schlafkrankheit erregt, kündigt er den Vernichtungskrieg an. Wenn wir also erst das große Kolonialreich haben, dann muß die deutsche Wissenschaft mit großem Eifer gegen diese kleinen Plagegeister der schwarzen Menschheit zu Felde ziehen.

Wegen diese Kulturarbeit deutscher Wissenschaft ließe sich nichts einwenden. Wir glauben indes, daß es so bald nicht gelingen wird, das Uebel, dessen ungeheure Größe uns Rohrbach ja selbst schildert, auszurotten. Aber er beruhigt uns: „Kolonialpolitik ist eine Sache, die man auf Generationen und Jahrhunderte hinaus treiben muß.“ Das wird für die Vernichtung der afrikanischen Fliegenplage wohl zutreffen.

Bis dahin ist es mit der Ansiedlung von ein oder zwei Millionen deutscher Bauern, die als freie Männer auf freiem Grunde leben sollen, nichts. Die Ackerbaukultur bleibt bis dahin auf jene nur inselartig in Afrika zerstreuten Hochflächen beschränkt, von denen Rohrbach spricht. Die günstige Situation dieser räumlich beschränkten Gebiete ist aber auch von der Ueberbevölkerung Afrikas längst erkannt worden. Sie haben sie in ihrem Besitz und haben daselbst aus eigenem eine relativ hohe Kultur erzeugt. Der Norden von Deutsch-Südwestafrika ist z. B. so ein Gebiet. Dort sitzen die Ovambo auf festem Grund und lassen es sich wohl sein. Und in den entfernend gelegenen Gebieten von Angola ist es nicht anders. Sollen deutsche Ansiedler diese Länder in ihre Hand bekommen, dann ist die Expropriation der Neger, ihre Vertreibung von ihrem Grund und Boden die Voraussetzung. Daß das nicht so leicht ist, haben die Kämpfe gegen die viehzucht-treibenden Herero bewiesen. Zahlreiche Kolonialkriege wären also neben anderen Lasten, die wir heute ganz unermüdet lassen wollen, der Segen, den Rohrbachs afrikanisches Reich dem deutschen Volke zunächst und für lange Zeit eintragen würde.

Rohrbach hütet sich, diesen Schluß aus seinen Darlegungen zu ziehen. Darum hielten wir es für nötig, seine Gedanken nach dieser Richtung zu Ende zu denken. Wenn man das deutsche Volk für die Erwerbung eines afrikanischen Kolonialreiches gewinnen will, dann soll man auch so ehrlich sein, ihm die Folgen eines solchen nicht zu verschweigen.

General Porros Mission.

Turin, 14. Juli. (W. Z. V.) Die „Stampa“ gibt in einer Korrespondenz aus Rom zu, daß die Mission Porros in Paris nicht den Zweck gehabt habe, die Entsendung italienischer Truppen nach Frankreich vorzubereiten. Es handelte sich vielmehr um die Wiederaufnahme eines Planes, der kirchlich viel in der Öffentlichkeit besprochen, dann aber anscheinend wieder fallen gelassen wurde. Auch in der „Gazzetta del Popolo“ wird angedeutet, daß Porros Reise mit der beabsichtigten Dardanellenexpedition zusammenhänge.

Paris, 14. Juli. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Der italienische General Porro ist aus dem großen Hauptquartier nach Paris zurückgekehrt. Er hatte in der italienischen Botschaft eine lange Besprechung mit dem serbischen Militärattaché und frühstückte sodann mit dem seinem Befolge zugeteilten französischen Offizieren.

Der türkische Krieg.

Der türkische Generalstabsbericht.

Konstantinopel, 14. Juli. (W. Z. V.) Das Große Hauptquartier meldet von der kaukasischen Front: Die Verluste des Feindes an Toten und Verwundeten in der Gegend von Aras in den Gefechten der letzten Woche zwischen unseren Truppen und der feindlichen Infanterie und Kavallerie, die mit einem Rückzug des Feindes endeten, werden auf 2000 geschätzt. Gegenwärtig haben wir über 600 Tote auf der Rückzugsstraße des Feindes gezählt.

In der Dardanellenfront verjagte der Feind vorgestern vormittag bei Ari Burnu nach heftigem Geschütz- und Gewehrfeuer unter Schleudern von Bomben gegen unseren rechten Flügel vorzugehen. Der Angriff des Feindes brach in unserem Feuer zusammen. Der Feind zog sich zurück. Ein ähnlicher Angriff gegen unseren linken Flügel wurde ebenso leicht abgewiesen. Der Feind floh in Eile. Ein Teil der Flüchtenden fiel in die Abgründe. Wir erbeuteten eine Menge von Munition, Waffen und Kriegsmaterial. Bei Sedd ul Bahr griff der Feind am gleichen Vormittag nach heftigem Geschützfeuer von seinen beiden Flügeln aus, unterstützt von einem Teil seiner Flotte, unseren rechten und unseren linken Flügel an. Er wiederholte dreimal den Angriff auf unseren rechten Flügel. Wir wiesen ihm ab und fügten ihm schwere Verluste zu. Der Kampf auf dem linken Flügel artete in Schützengrabenkämpfe aus und ging ergebnislos bis zum Einbruch der Nacht weiter. Wir erbeuteten zwei feindliche Maschinengewehre auf diesem Flügel. Trotz der Verschwendung von ungefähr 60 000 Granaten in der gestrigen Schlacht und trotz der beträchtlichen Verluste erreichte der Feind nichts.

Die griechischen Schiffe wieder freigelassen.

Athen, 14. Juli. (Z. U.) Die englische Gesandtschaft erklärt, daß griechische Schiffe, die unter dem Verdachte, Kriegsschiffe zu transportieren, nach Mudros gebracht waren, freigelassen wurden. Kein griechisches Schiff sei vor ein Preisengericht gebracht worden. Die Erklärung der Gesandtschaft hat die Bestätigung, die durch die Ausrüstung griechischer Schiffe verurteilt worden war, einigermaßen abgeschwächt. Man hofft, daß die Schifffahrt für griechische Schiffe jetzt wieder ungehindert erfolgen kann.

Der Seekrieg.

„Eclair“ über den Unterseebootkrieg.

Paris, 14. Juli. (W. Z. V.) „Eclair“ erörtert die Lehren, welche die Alliierten aus dem Unterseebootkrieg ziehen müßten. Er erklärt, die Seekriegsfrage werde künftig dem gehören, welcher die meisten Unterseeboote besitze. Das deutsche Programm

des Unterseebootkrieges hätte eine große Gefahr werden können, wenn Deutschland über eine genügende Anzahl von Unterseebooten verfügt hätte. Bereits jetzt sei der Unterseebootkrieg eine schwere Prüfung. Die Alliierten müßten unbedingt alle Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Kampfmittels ergreifen. Hierzu gehören zunächst, jedes Handelschiff ohne Ausnahme mit Geschützen zu bewaffnen. Der Vorschlag sei bereits gemacht worden, aber auf Widerstand gestoßen. Die alliierten Regierungen sollten den Widerstand fallen lassen, denn die Opfer, die man bringen müsse, seien zu groß. Ferner sollte von allen alliierten Staaten eine große Flotte von Unterseebooten möglichst schnell gebaut werden. Das sei wichtiger, als Dreadnoughts zu besitzen.

Auf eine Mine gestossen.

Stockholm, 14. Juli. (W. Z. V.) Der schwedische Dreimastschoner „Daisi“, mit Kohlenladung von Furnes-Island nach Sundsvald unterwegs, ist heute abend außerhalb der Schären auf eine Mine gestochen und gesunken. Der Kapitän und vier Mann der Besatzung sind umgekommen.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Missionare in Südafrika frei.

Berlin, 14. Juli. (W. Z. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Gefangenensetzung der deutschen Missionare in Südafrika ist, wie eine neuere Nachricht der Berliner Mission bestätigt, in der Tat nicht erfolgt. Es ist vielmehr den Geistlichen seitens der Regierung „unter Voraussetzung ruhigen Verhaltens“ gestattet worden, auf ihren Posten zu bleiben. Bei den Plünderungen der Geschäfte und Wohnhäuser Mitte Mai hat der Pöbel einfach nach dem Namen gesehen und auch Leben beraubt und zerstört, deren Inhaber nicht deutsche Staatsangehörige besaßen, ja, sogar von solchen, die als Heher für den Feldzug gegen Deutsch-Südwest aufgetreten waren! Besonders schlimm sollen die Ausschreitungen in Johannesburg gewesen sein. Das Pfarrhaus der dortigen deutschen Gemeinde aber und die Berliner Missionsstation, sowie die zu beiden gehörigen Kirchen sind, wie durch ein Wunder, bewahrt geblieben. Den Anstoß zu dem wüsten Treiben haben die Nachrichten gegeben, die über gleichartige Heldentaten in England bekannt wurden. Das Mutterland hat der Kolonie das Vorbild der „Gefittung“ geliefert.

Die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten.

New York, 21. Juni 1915. (Sig. Ver.)

Der Kampf zwischen den Friedensfreunden und den Kriegsfreunden ist in eine neue Phase eingetreten. Die lobende, hegende Presse schlägt leisere Töne an. Es geht jetzt bei gedämpftem Trommelklang, und der Urheber dieser Wandlung ist der frühere Staatssekretär Bryan. Man hat versucht, ihn durch Lächerlichmachung zu töten, ihm Ehrlichkeit, Verstand und Einfluß abzusprechen. Aber mit diesen Wörtern ist man nicht weit gekommen. Die Tatsache bleibt bestehen, daß Bryan der kriegslüsternden Presse, die sich als das Sprachrohr eines einmütigen Volkes aufspielte, einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht hat. Er hat sich auch nicht, wie die Heher hofften, ins Privatleben zurückgezogen, nachdem er einige Erklärungen abgegeben. Er hat sich vielmehr in den Kampf um den Frieden gestürzt, und zwar mit der ganzen Leidenschaft, die diesen großen Volksredner befeuert.

Die erste Versammlung, in der er nach seiner Demission auftrat, war eine mächtige Friedensversammlung, die unter den Auspizien des New Yorker Gewerkschaftsverbandes in der großen Carnegie Hall am 19. Juni stattfand. Außer dem früheren Staatssekretär sprachen Genosse Meyer London, das sozialistische Kongressmitglied, das demokratische Kongressmitglied Buchanan, der als Gewerkschafter zu der Gruppe der Arbeitervertreter gezählt wird, Genosse Cannon, der Sekretär der Western Federation of Miners, und eine Reihe anderer Gewerkschaftsführer. Das Publikum bestand durchweg aus Arbeitern und die Versammlung nahm einen großartigen Verlauf. Tosender und lang anhaltender Beifall durchdrang den mächtigen Saal, als Bryan, der „Friedensfürst“, wie ihn die Heppresse hämisch nennt, die Rednertribüne betrat. Die Rede, die er hielt, bestand aus zwei Teilen. Der eine Teil, den er niedergeschrieben hatte und den er verlas, war für die Presse und für ein größeres Publikum bestimmt. Den anderen Teil hielt er aus dem Stegreif, und es war dieser Teil, der auf den Zuhörer den tiefsten Eindruck machte und dessen rednerische Gewalt einen den Einfluß des Mannes bei seinen Mitbürgern ahnen ließ.

Der frühere Staatssekretär ließ keinen Zweifel über die Absichten aufkommen, die er mit seinem Erscheinen in der Friedensversammlung der New Yorker Arbeiter verfolgte. „Ich bin heute abend hier“, erklärte er, „um zu versuchen, dabei zu helfen, die Friedensstimmung des Landes zu kristallisieren, so daß das friedliebende Volk, wenn die Ingoos dem Präsidenten sagen, was er tun soll, ihm ihrerseits sagen können, was er zu tun hat.“ In dem verlesenen Teile seiner Rede wandte sich Bryan namentlich gegen die Rüstungstreiber und Militaristen, als deren Führer er die früheren Präsidenten Roosevelt und Taft hinstellte. Der erste sei das geistige Oberhaupt der Clique, die zurzeit unter dem Vorwande, das Land gegen die Gefahr eines Krieges vorzubereiten, nach einer Rüstungsanleihe von 500 Millionen Dollar schreit. Die Organisation des Herrn Taft, die sogenannte „Liga zur Erzwingung des Friedens“, bezwecke nur, die Aufrüstung in angenehmeren Formen zu kleiden. Die von der Rassenversammlung einstimmig angenommene Resolution richtete sich hauptsächlich gegen die militärischen Rüstungen, die als eine Bedrohung des internationalen Friedens hingestellt wurden. Ueber dieses Thema hatte Herr Bryan einige kräftige, sich auf persönliche Erfahrungen stützende Bemerkungen zu machen. So hieß es in seiner Rede: „Es ist auch natürlich, daß die Arbeiterschaft dafür eintritt, daß die Regierung die Fabriken besitzt und betreibt, auf die sich die Nation in bezug auf ihre Verteidigungswaffen und die notwendigen Munition verlassen muß. Diese Reform würde nicht nur zur Unabhängigkeit der Regierung beitragen, sondern das Land auch von der drohenden Gefahr eines niedrigen privaten Interesses befreien, das unter falscher Flagge segelt, einen höheren Patriotismus vorgibt und das Evangelium der Vereinfachung für den Krieg predigt, weil es in dieser Politik die Aussicht erblickt, fette Regierungskontrakte zu erlangen. Neuerliche Forschungen haben ergeben, daß beinahe alle führenden Nationen durch die organisierten Verschwörungen der gemissenen Ausbeuter gelitten haben.“ Man kann sich denken, wie die kapitalistischen Heblblätter unter solchen Beifallsheulen, wie die jungen Hunde aufheulen.

Bryan schonte die Heblblätter nicht. „Wir haben gesehen“, erklärte er, „wie diese Zeitungen zu ihrem eigenen pekuniären

Vorteil verhalten, die Politik der Nation zu bestimmen.“ Er zeigte an dem Beispiel der letzten amerikanisch-japanischen Spannung, wie die Zeitungen alles taten, um einen Krieg zu provozieren. Dann kam er auf die deutsch-amerikanische Krise zu sprechen und die Rolle, die die Heppresse darin spielt. „Weshalb“, so rief er aus, „überläßt man die Behandlung der Frage nicht der Regierung?“ „Und wie steht's mit Mexico?“ rief ein erregter Zuhörer dazwischen. Bryan erwiderte schnell entschlossen: „Wir haben zwei Jahre und drei Monate damit zugebracht, die mexikanische Frage zu untersuchen, und wenn wir zwei Jahre und drei Monate dazu verwenden können, so können wir auch ein Jahr dazu verwenden, den jetzigen Streitfall zu untersuchen.“ Er wies auf die Schiedsgerichtsverträge, die die Vereinigten Staaten in den letzten zwei Jahren mit Ländern geschlossen hat, in denen etwa drei Viertel der Bevölkerung der Welt leben, und erklärte, daß diese Verträge die Gefahr eines Krieges zwischen Amerika und jenen Ländern in hohem Grade verringerten.

War auch Bryan der Hauptredner des Abends, so sorgten die zündenden Reden der Arbeitervertreter dafür, daß die Versammlung den Charakter einer Demonstration der organisierten Arbeiterschaft wahrte. Das war um so notwendiger, als es nicht an Fortschritten fehlt, die Friedensbewegung der Gewerkschafter als im Fahrwasser der Bryan'schen Politik segelnd hinzustellen, gerade so wie man sie vor dem Rücktritt Bryan's als von deutscher Seite inspiriert bezeichnete. So tritt der Vorsitzende der American Federation of Labor, Herr Compers, gegen die gewerkschaftliche Friedensbewegung auf, die vom Gewerkschaftsverband New Yorks ausgegangen ist. Er weigerte sich, mitzumachen, und begründete seine Weigerung in einem Schreiben, in dem er darauf hinwies, daß es auch ehrenvolle Kriege gebe; unter diesen gerechten und ehrenvollen Kriegen nannte er den spanisch-amerikanischen Krieg. Dieser launehafte Arbeitervertreter, das sei zur Erklärung hinzugefügt, ist auch Mitglied der Roosevelt'schen „Security League“, einer militaristischen Vereinigung zum Ausbau der Rüstungen.

Nicht weniger großartig als die Friedensversammlung der Gewerkschafter verlief die am Abend des 21. Juni in der großen historischen Halle des Cooper-Instituts abgehaltene Friedensversammlung der New Yorker Sozialisten, in der ebenso einmütig jeder Krieg mit Deutschland oder Mexico verurteilt wurde. Unter dem Vorhange Algernon Lees sprachen die Genossen Cannon, Meyer London, Hillquit und die Genossen Raskiel. Die Dominante der Reden klang aus dem von der Genossen Raskiel vorgebrachten Satz: „Dies ist die Zeit, wo wir zusammengehen müssen, wenn wir nicht einzeln hängen wollen.“ Und zu den zahlreich vertretenen Frauen gewendet, sagte sie: „Dies ist keine Zeit für Kinematographen oder Moden, Frauen. Dies ist eine Zeit zum Handeln, und wir müssen handeln.“ Kernige und klare Sprüche fielen von den Lippen aller Redner. So sagte der ungestüme Sekretär der Western Miners' Federation, Genosse Cannon: „Einige Oekonomien in unseren Reihen sagen, daß wir Krieg haben werden, solange wir den Kapitalismus haben. Wenn wir aber den Krieg abschaffen, so werden wir ein gutes Stück Begehr zur Abschaffung des Kapitalismus zurückgelegt haben. Wir müssen diese Versammlungen fortsetzen und mit der geistigen Kraft der Arbeiterschaft eine Bewegung aufbauen.“

Genosse Hillquit, der Hauptredner des Abends, steuerte in seiner Rede gleich auf den Kernpunkt der Krise hin. Er beschäftigte sich des längeren mit der Frage der „Lusitania“, die den Kriegshebern in Amerika den Vorwand zu ihrem Treiben geliefert hat. Hillquit wies aber auf die große Menge Munition, die die „Lusitania“ geladen hatte und die dazu bestimmt war, deutschen Soldaten das Leben zu nehmen. Wenn wir eine moralische Verantwortlichkeit haben“, so führte er aus, „wenn wir ein fremdes Volk zur strengen Rechenschaft ziehen wollen, so sollten wir doch zuerst unser eigenes Gewissen frei machen; wir sollten zuerst unsere eigenen Hände von der Blutschuld reinigen, und wir sollten den Export von Munition aus diesem Lande nach irgendeiner sich belriegenden Nation verbieten.“ Ein Krieg mit Deutschland würde nach Hillquit's Auffassung eine Art Bürgerkrieg entfeuern. „Wir bilden keine Nation“, sagte er. „Wir sind eine Zusammenwürfelung von Völkern. Wir können mit keiner europäischen Nation Krieg führen, ohne mit einem beträchtlichen Teil unserer eigenen Bevölkerung im Krieg zu stehen. Das kann nicht sein, das darf nicht sein.“ Und hier gegen den Phrasendrescher Compers wendend, präziserte Hillquit den Standpunkt der amerikanischen Sozialisten wie folgt: „Wir sind Sozialisten, und wir schämen uns nicht, zu sagen, daß wir für den Frieden um jeden Preis sind. ... Und ich rufe Euch, Arbeitern Amerikas, zu, habet acht, seid gewarnt, während Eure Köpfe noch kühl sind, während Ihr noch nicht den Verstand verloren habt, Ihr seid die Klasse, die alle Kriegskosten zahlt, alle Leiden auf sich nimmt, und alles dies zum Vorteil der Herrschenden.“

Die Friedensbewegung ist jetzt kräftig im Fluß. An allen Orten ist man fleißig bei der Arbeit. Die Mitgliedschaften der sozialistischen Partei rühren sich, große Massen Flugblätter werden verteilt, Straßenversammlungen abgehalten. Auch die bürgerlichen Friedensfreunde rühren sich. Am 24. Juni soll in Madison Square Gardens in New York eine große Friedenskundgebung stattfinden, zu der 75 000 Menschen erwartet werden. Daß man heute von einem ansehnlichen und zunehmenden Gegengewicht gegen die Kriegs- und Rüstungstreiber sprechen kann, ist wohl in der Hauptsache dem entschlossenen Auftreten des früheren Staatssekretärs Bryan zuzuschreiben. Bryan's Demission, erklärte der Genosse Cannon in der Versammlung in dem Cooper-Institut, sei die beste Tat, die er in seinem Leben vollbracht. „Die Kapitalistenblätter wollen uns glauben machen, daß seine Demission nicht viel bedeutet, aber sie heulen wie eine Bande junger Hunde.“

Bryan über die deutsche Note.

New York, 13. Juli. (W. Z. V.) Wie aus Los Angeles gemeldet wird, erklärte Bryan, die Leitartikel über die Antwort Deutschlands seien lediglich an dem Schutze der amerikanischen Rechte interessiert. Das amerikanische Volk würde herzlich alle Schritte des Präsidenten billigen, die er für geeignet halten würde, die Amerikaner aus der Gefahrzone fern zu halten, oder die Passagiere mit Konterbande, besonders Munition, nicht in Berührung kommen zu lassen.

Kriegsfragen im englischen Unterhaus.

London, 13. Juli. (W. Z. V.) Unterhaus. Simon sagte auf eine Anfrage, daß in der letzten Woche 1140 Fremde interniert und 573 heimgeschickt worden seien. Asquith sagte auf eine Frage, er hoffe, daß die Parlamentssession Ende Juli schließen werde. Addison sagte in einer Antwort, daß sich bisher 89 266 Munitionsarbeiter gemeldet hätten. Es sei noch unsicher, wieviele ihrer gegenwärtigen Beschäftigung entzogen werden könnten. Die Abgeordneten Markham, Lynch und Dalziel hatten Fragen verschiedener Inhalts gestellt. Markham fragte, ob der Premierminister zusehen wolle, daß unfähige Beamte aus dem Kriegsamt

entlassen würden. Lynch wünschte eine Debatte über die Kriegsführung und über die Gründe der Einlegung des Geschloßministeriums. Dalziel wünschte eine Debatte über die Rede Galbanes. Asquith erklärte, alle diese Fragen zusammen beantworten zu wollen. Er sagte dann: Es ist nicht im öffentlichen Interesse, daß ich mehr sage, als daß ich gegenwärtig keine öffentlichen Mitteilungen machen kann und daß eine Debatte unter den obwaltenden Umständen keinem guten Zwecke dienen und den besten Interessen der Nation schaden würde. (Beifall.) Der Nationalist Dealy fragte, ob Asquith dem Hause mitteilen könne, woher Dalziel Informationen besitze, die sich den anderen entziehen. Asquith sagte, er könne die Frage nicht beantworten. Marham fragte darauf: Sollen wir also annehmen, daß Beamte, die in amtlicher Tätigkeit versagen, im Amt bleiben sollen? Asquith antwortete mit Schärfe, er solle nichts Derartiges annehmen. Der ehrenwerte Abgeordnete solle annehmen, was er, Asquith, gesagt habe. Das sei der überlegte Entschluß der Regierung und entspreche dem Gesühle der großen Mehrheit des Hauses und der Nation. Dalziel fragte, ob Asquith mit Lloyd George darin übereinstimme, daß Galbanes' Äußerungen ungenau und unvollständig gewesen seien. Asquith erwiderte, er habe gesagt, er habe nichts hinzuzufügen. Lynch fragte: Läßt nicht der Stand der Dinge eine große Unfähigkeit und solofolle Fehler der leitenden Stellen erkennen? Der Sprecher bemerkte: Das wird eine Debatte. Pringle fragte: Galt Asquith es für richtig, daß diese Debatte in der Presse fortbauert soll, während sie im Parlament verboten bleibt? Asquith lehnte die Antwort darauf ab, da sich diese Frage nicht aus den früher gestellten Fragen ergebe. Thorne (Arbeiterpartei) rief hier dazwischen: Welch glückliche Familie!

Die französischen und englischen Kriegsanleihen.

Paris, 18. Juli. (B. Z. B.) Der „Temps“ meldet: Im Mai wurden für 776 Millionen Franken im Juni für 454 Millionen Franken Landesverteidigungs-Staatsanleihe gezeichnet. Auf Landesverteidigungsobligationen wurden im Mai 281 Millionen, im Juni 392 Millionen Franken gezeichnet. Der gesamte Zeichnungsbetrag für Obligationen ist 1600 Millionen, für Staatsanleihe 6140 Millionen. Dazu kommen 700 Millionen Franken aus der Umwandlung der 3/4prozentigen Anleihe in Landesverteidigungsobligationen. Die vom französischen Publikum für Kriegszwecke gezeichnete Summe beträgt somit etwa 8400 Millionen in den ersten 11 Kriegsmontaten. Die von der französischen Regierung seit dem Ausbruch des Krieges geforderten Kredite belaufen sich bis Ende Juni auf ungefähr 17 750 Millionen.

London, 18. Juli. (B. Z. B.) Schatzkanzler McKenna teilte im Unterhause mit, daß die Gesamtzeichnung auf die neue Anleihe fast 600 Millionen Pfund Sterling betrage.

London, 14. Juli. (B. Z. B.) McKenna sagte im Unterhause über die Anleihe, der Ertrag von 800 Millionen, wie er von den Blättern genannt worden sei, sei von der Regierung weder erwartet noch erhofft worden. Die Gesamtzahl der Zeichner bei der Bank von England habe 547 000 betragen. Die Bank von England habe 570 Millionen Pfund Sterling erhalten, auf der Post seien 15 Millionen gezeichnet worden.

Drohender Ausstand der Bergarbeiter in Südwales.

London, 14. Juli. (B. Z. B.) Wie die „Morning Post“ meldet, fand in Cardiff eine Versammlung von Abgeordneten der Bergleute von Südwales statt. Diese war von 304 Abgeordneten besucht, die 156 493 Bergarbeiter, das heißt etwa 65 Proz. der gesamten Arbeiterschaft des Reviers, vertraten. Eine überwältigende Mehrheit lehnte den Vorschlag des ausführenden Ausschusses, daß die Arbeit während der weiteren Verhandlungen mit der Regierung fortgesetzt werden solle, ab. Eine noch größere Mehrheit verworf den Antrag, eine namentliche Abstimmung aller Arbeiter zu veranstalten. Angenommen wurde der Antrag, daß die Versammlung an den ursprünglichen Beschlüssen festhält. Die Konferenz ging auseinander, ohne eine neue Versammlung vorzusehen. Heute läuft die vierzehntägige Periode der täglichen Arbeitskontrakte, die am 30. Juni für die Dauer der Verhandlungen bewilligt war, ab.

Die Nachricht von diesem Beschlusse der Bergarbeiter in Südwales schlug, wie „Daily Telegraph“ sagt, wie eine Bombe ein. Die Blätter führen übereinstimmend aus, daß die Führer die Macht über die Arbeiter verloren hätten. Man erwartet Lloyd George jetzt seines Versprechens entbunden, daß er die Bergleute nicht unter das Munitionsgesetz stellen werde. Wenn das Gesetz auf die Bergleute ausgedehnt wird, tritt das obligatorische Schiedsgericht in Kraft. Man glaubt, daß die Drohung des Munitionsgesetzes genügen werde, um einen Ausstand zu verhindern.

Maßnahmen gegen Streikende.

London, 13. Juli. (B. Z. B.) Der Munitionsminister kündigte heute an, es werde eine königliche Verordnung erscheinen, durch die jeder Streik im Kohlenbezirk von South Wales für Gesetzesübertretung erklärt wird.

Kanadas Hilfsbereitschaft.

London, 14. Juli. (B. Z. B.) Heute wurde im Unterhause ein Briefstück gegeben, dem der kanadische Premierminister Borden bewohnte. Balfour führte den Brief und erklärte, daß die Hilfe, die von den Kolonten gewährt werde, von entscheidendem Einfluß sein könne. England sei stolz auf das, was Kanada getan habe. Borden führte aus: Vier Tage vor Kriegsausbruch habe er nach London telegraphiert, daß, wenn Krieg ausbräche, Kanada ihn als seine eigene Angelegenheit betrachten werde. Die Hilfsquellen des Reiches seien fast unerschöpflich. Er fürchte sich nicht vor der Zukunft. Wenn der Kampf auch lange dauere, Kanada sei bereit, sein Teil auf sich zu nehmen. Borden fuhr fort: Deutschland habe sich bezüglich der Einigkeit des britischen Reiches verrechnet. Dieses sei heute enger zusammengeschlossen als je. Balfour sagte, die Wahrheit, daß auch nichtmilitärische Nationen Kriege führen können, beginne erst zu dämmern. Er hoffe, daß, ehe der Krieg beendet sei, das britische Reich der Welt bewiesen habe, daß es trotz ungenügender Vorbereitung seiner Riesenaufgabe gewachsen gewesen sei.

Die flämische Bewegung.

Haag, 14. Juli. (B. Z. B.) Der „Nieuwe Courant“ veröffentlicht einen Artikel seines Korrespondenten in Ardenburg über die flämische Bewegung in Belgien, in dem ausgeführt wird: Noch vor einem halben Jahre konnte von einer selbständigen flämischen Bewegung keine Rede sein. Dann kam die Zersplitterung

in zwei Richtungen. Die eine mit dem Hauptstie in den Niederlanden war vor allem belgisch und wollte erst das Vaterland befreien, die andere, mit dem Hauptstie in Gent, hatte das Schlagwort: Flandern über alles, Belgien ist nur ein geographischer Begriff. Die Anhänger dieser Bewegung glauben nun, es sei der historische Augenblick gekommen, um Flandern von jeder fremden Oberherrschaft zu befreien. Der erste Programmpunkt war: Flandern unter flämischer Verwaltung, damit in der national geäußerten Umgebung eine echte flämische Kultur entstehen könnte. Die beiden Bewegungen, die sich zuerst bekämpften, finden einander jetzt wieder. Viele bekannte Namen nehmen an der Bewegung teil, um zusammenzuarbeiten für ein starkes, freies, flämisches Volk. Nicht der Ausgang des Krieges soll darüber entscheiden, sondern der einige Wille aller Flamen, weder deutsch noch französisch zu sein.

Ministerpräsident Goremykin gegen die Mitwirkung der Duma.

Petersburg, 14. Juli. (B. Z. B.) Ministerpräsident Goremykin empfing eine ausgewählte Abordnung des Seniorenkongresses der Duma. Er erklärte, die Wünsche des Kongresses dem Ministerrate vorlegen zu wollen. Er wisse nicht, was die Duma im jetzigen Zeitpunkt überhaupt helfen könne. Die Lage sei viel besser, als viele Ueingezeichnete sich vorstellten. Ein Mitglied der Abordnung bat um die Ausgabe von Verlustlisten, da ganz phantastische Schätzungen in der Bevölkerung herrschten. Goremykin erklärte, daß die russischen Verluste nicht so groß seien, wie die deutschen Zeitungen angäben.

Tolstois Hausarzt verhaftet.

Kopenhagen, 14. Juli. (Z. N.) Nach russischen Blättern wurde Tolstois Hausarzt Rosowitsch neuerdings in Jasnaja-Poljana verhaftet und sitzt jetzt im Gefängnis Luga. Gegen ihn und vierzig andere Personen ist eine Untersuchung wegen Verbreitung eines Aufrufs betr. der jetzigen historischen Zeiten und Handlungen im Gange. Es ist ungewiß, ob die Sache dem Kriegsgericht oder Zivilgericht überwiesen werden wird. Die bekanntesten Anwälte Russlands bewerben sich um die Uebernahme der Verteidigung.

Arbeiterausstände in Oberitalien.

Turin, 14. Juli. (B. Z. B.) (Ueber Vern.) Die „Stampa“ berichtet aus Biella, daß in verschiedenen Fabrikbetrieben der Wolllindustrie von Biella die Arbeiter in den Ausstand getreten sind. In Tolone kam es gestern abend zu Unruhen, die von den Ausständigen herbeigerufen waren. Die Frauen agitieren für eine Lohnerhöhung.

Türkei und Bulgarien.

Die „kölnische Zeitung“ meldet die Bereitwilligkeit der Türkei zu einer Gebietsabtretung an Bulgarien. Den einzigen Streitpunkt bilde die Umgrenzung des Gebietes von Adrianopel. Die Stadt selbst solle türkisch bleiben. Die Türkei wünsche den südlichen Vorort Karagatsch mit dem Bahnhof in das Gebiet Adrianopels einzubeziehen, was Bulgarien wegen der dadurch bewirkten Unterbrechung der geraden Bahnverbindung nach Neu-Bulgarien und Dedeagatsch, seinem Hafen am ägäischen Meer, unerwünscht sei. Andere Nachrichten besagen, daß ein Kompromißvorschlag erzwungen werde, der den Streit durch Anlage eines neuen Gleises aus der Welt schaffen solle.

Verständigen sich Bulgarien und Türkei, so hat die deutsche Diplomatie einen großen Erfolg erzielt. Es wäre ihr geglied, Bulgarien greifbare Zugeständnisse der Türkei zu erwirken, während sich die Vierverbandsmächte in Versprechungen erschöpfen, deren Verwirklichung mehr oder weniger möglich, aber nicht sicher ist. Die Türkei hätte sich den Rücken gekehrt und Rumänien, das die Waffen- und Munitionsdurchfuhr verweigert, läße vor sich die brüskierten Zentralmächte und hinter sich ein den Zentralmächten freundliches Bulgarien. Das ist jetzt keine Situation, die zum Widerstand ermuntert.

Doch warnt die „Deutsche Tageszeitung“ gegen einen doreiligen Jubel. Die Erinnerung an die Enttäuschung über das Fehlschlagen der Versuche, Italien für die Mittelmächte warm zu erhalten, läßt diese Mahnung zur Besonnenheit begründet erscheinen.

Vor allem kann aus der Ferne in bloßer Kenntnis der lateinischen Meldung der „köln. Zig.“ nicht der eigentliche Stand der Verhandlungen Bulgariens mit der Türkei beurteilt werden. Bisher hatte der Vierverband mit seinen mit aller Kraft geführten diplomatischen Aktionen in Sofia herzlich wenig Glück. Das Ministerium hat seine Kollektivnote in einer Weise beantwortet, deren einziger Zweck offenbar gewesen ist, eine Entscheidung zu vertragen. Aber auf der anderen Seite kann die Tatsache nicht übersehen werden, daß Bulgarien mit den Vierverbandsmächten verhandelt — eine Tatsache, die noch keinen Pessimismus rechtfertigt, die aber doch alle Möglichkeiten erschließt.

Unklar ist auch die Haltung der nicht ministeriellen Parteien und der Einfluß, über den sie gebieten. Gerade das Beispiel Italiens zeigt, wie leicht es den Uebernationalisten in erregten Zeitläufen ist, die nationalen Forderungen zu überspannen. Der Vierverband und seine Agenten werden sicher nicht veräumen, die Zugeständnisse der Türkei als ganz unzulänglich darzustellen und das nationale Begehren auf Adrianopel, Sirz, Kistice und das Marigatal zu lenken. Sie verprechen den Bulgaren schon heute die Enos-Midia-Linie als Südgrenze, die manchen Schouplag heroischer Kämpfe mit den Türken den Bulgaren zuweist, besonders das Thrazien beherrschende Adrianopel, vor dessen Forts so mancher Bulgare verblutete, bis sie mit stürmender Hand genommen wurden. Aber das zum großen Teil von Türken bewohnte Thrazien hat für Bulgarien nur sekundäre Bedeutung und könnte der Türkei nur in einem erbitterten Kampfe abgerungen werden, es sei denn, daß der von Rumänien verschuldete Munitionsmangel die Türken wehrlos macht — eine Befürchtung, die hoffentlich unbegründet ist.

Nicht Thrazien, sondern Mazedonien zu besitzen, ist der sehnsüchtigste Wunsch aller Bulgaren, gleichgültig, ob sie ministeriell oder antiministeriell sind. Dieses Land ist im zweiten Balkankrieg an Serbien gefallen, das für die Unmöglichkeit, an die Adria zu kommen, einen Ausgleich verlangte, und um dieses Zielles willen, den Bruderkrieg mit dem Kampfgesossen von gestern unternahm. Handelte es sich aber nur um Serbien, so könnten die Mittelmächte ruhig zusehen, wie Bulgarien jetzt bittere Rache nimmt und in dieser Stunde, da für Serbien alles auf dem Spiel steht, Serbisch-Mazedonien erobert, das fast ausschließlich von Bulgaren bewohnt ist.

Eine österreichische Note an Amerika.

Wien, 14. Juli. (B. Z. B.) Der Minister des Auswärtigen hat an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika am Wiener Hofe eine Note gerichtet, die den nachstehenden Wortlaut hat:

Wien, 29. Juni 1915. Die tiefgreifenden Wirkungen, welche sich aus der Tatsache ergeben, daß sich seit geraumer Zeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und Großbritannien andererseits ein Handelsverkehr mit Kriegsbedarf im größten Umfange abspielt, während Oesterreich-Ungarn gleich Deutschland vom amerikanischen Markte völlig abge-

schlossen ist, haben von allem Anfang an die ernste Aufmerksamkeit der I. u. I. Regierung auf sich gezogen. Wenn nun der Unterzeichnete sich erlaubt, in dieser Frage, mit welcher das Washingtoner Kabinett bisher bloß von der kaiserlich deutschen Regierung befaßt worden ist, das Wort zu nehmen, so folgt er hierbei dem Gebote der unabweislichen Pflicht, die ihm anvertrauten Interessen vor weiterer schwerer Schädigung zu bewahren, die aus dieser Situation gleichwie für das Deutsche Reich so auch für Oesterreich-Ungarn erwächst. — Ist auch die I. u. I. Regierung durchaus davon überzeugt, daß die Haltung, welche die Bundesregierung in dieser Angelegenheit einnimmt, seiner anderen Absicht entspringt, als der, die strikteste Neutralität zu wahren und sich in dieser Beziehung den in Betracht kommenden Bestimmungen der internationalen Verträge bis auf den Buchstaben anzupassen, so drängt sich doch die Frage auf, ob die Verhältnisse, wie sie sich im Laufe des Krieges, gewiß unabhängig vom Willen der Bundesregierung, herausgebildet haben, nicht derort beschaffen sind, daß die Intentionen des Washingtoner Kabinetts ihrer Wirkung nach durchkreuzt, ja geradezu ins Gegenteil verkehrt werden. Wird aber diese Frage bejaht — und ihre Bejahung kann nach der Meinung der I. u. I. Regierung nicht zweifelhaft sein — dann knüpft sich hieran von selbst die weitere Frage, ob es nicht möglich, ja sogar geboten erscheint, daß Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, dem Wunsch der Bundesregierung, beiden Kriegsparteien gegenüber eine streng paritätische Haltung einzunehmen, volle Geltung zu verschaffen. Die I. u. I. Regierung zögert nicht, auch diese Frage unbedingt zu bejahen. Der amerikanischen Regierung, die an dem Saager Werke in so hervorragender Weise mitgewirkt hat, ist es sicherlich nicht entgangen, daß sich Wesen und Inhalt der Neutralität in den fragmentarischen Vorschriften der einschlägigen Verträge nicht annähernd erschöpfen. Fast man speziell die Entstehungsgeschichte von Artikel 7, V beziehungsweise XIII der Konvention ins Auge, auf den sich die Bundesregierung im vorliegenden Falle offenbar stützt und dessen Wortlaut ihr, wie durchaus nicht geaugnet werden soll, eine formale Handhabe für die Duldung des von den Vereinigten Staaten gegenwärtig betriebenen Handels mit Kriegsmaterial bietet, so bedarf es, um den wahren Geist und die Tragweite dieser Bestimmung zu ermessen, die übrigens schon durch das Verbot der Lieferung von Kriegsschiffen und durch das Verbot gewisser Lieferungen an Kriegsschiffe der kriegführenden Länder durchbrochen erscheint, nicht erst des Hinweises darauf, daß die neutralen Staaten in den einzelnen eingeräumten Befugnissen im Sinne des Preambule zur letztgenannten Konvention ihre Grenzen finden an den Forderungen der Neutralität, wie sie den allgemein anerkannten Prinzipien des internationalen Rechtes entsprechen. Nach allen Autoritäten des Völkerrechtes, die sich mit der hier zu nächst in Betracht kommenden Frage des näheren beschäftigen, darf eine neutrale Regierung den Handel mit Kriegsmaterialien nicht ungehindert sich vollziehen lassen, wenn der Handel eine solche Gestalt oder solche Dimensionen annimmt, daß dadurch die Neutralität des Landes in Mitleidenchaft gezogen wird.

Mag man nun der Beurteilung der Zulässigkeit des Kontorhandels, welches der verschiedenen Kriterien immer zugrunde legen, die in dieser Hinsicht in der Wissenschaft aufgestellt wurden, so gelangt man nach jedem einzelnen derselben zu dem Schlusse, daß der Export von Kriegsbedarf aus den Vereinigten Staaten, wie er im gegenwärtigen Kriege betrieben wird, mit den Forderungen der Neutralität nicht im Einklang zu bringen ist. Es handelt sich jetzt nicht etwa um die Frage, ob die amerikanische Industrie, die sich mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigt, davon befreit werden soll, daß der Export, den sie zu Friedenszeiten betrieben hat, eine Einbuße erleide. Vielmehr hat diese Industrie gerade infolge des Krieges eine ungeahnte Steigerung erfahren. Um die ungeheueren Mengen von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial aller Art zu fabrizieren, welche Großbritannien und dessen Verbündete im Laufe der vergangenen Monate in den Vereinigten Staaten bestellt haben, bedurfte es nicht nur der vollen Ausnützung, sondern sogar der Umwandlung und Erweiterung des bestehenden und der Schaffung neuer großer Betriebe, sowie des Zustromens von Massen von Arbeitern aller Branchen zu diesen Betrieben, kurz tiefgreifender das ganze Land erfassender Veränderungen des wirtschaftlichen Lebens. Der amerikanischen Regierung kann sonach von keiner Seite das Recht bestritten werden, durch Erlassung eines Ausfuhrverbotes diesen offen zugute liegenden enormen Export von Kriegsbedarf zu inhibieren, von welchem überdies notorisch ist, daß er nur einer der Kriegsparteien zugute kommen kann. Würde die Bundesregierung von dieser ihr zustehenden Befugnis Gebrauch machen, so könnte sie ein Vorwurf auch dann nicht treffen, wenn sie, um mit den Anforderungen der nationalen Gesetzgebung im Einklang zu bleiben, den Weg der Erlassung eines Gesetzes beschritte. Denn, wenn es auch prinzipiell zutrifft, daß ein neutraler Staat die in seinem Bereich geltenden Vorschriften betreffend sein Verhalten zu den Kriegführenden nicht abändern soll, so lange der Krieg dauert, so erleidet der Grundfah doch, wie sich aus dem Preambule 13 der Saager Konvention klar ergibt, im dem Falle eine Ausnahme, „ou l'experience en demontrera la necessite pour la sauvegarde de des droits“. Dieser Fall ist übrigens für die amerikanische Regierung schon mit der Tatsache gegeben, daß Oesterreich-Ungarn ebenso wie Deutschland von jedem Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten abgeschnitten ist, ohne daß die rechtliche Voraussetzung hierfür, eine rechtsgültige Blockade, vorläge. Dem etwaigen Einwand gegenüber, daß es bei aller Bereitwilligkeit der amerikanischen Industrie, wie an Großbritannien und dessen Verbündete, so auch an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu liefern, den Vereinigten Staaten eben nur infolge der Kriegslage nicht möglich sei, mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland Handel zu treiben, darf wohl darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung zweifellos in der Lage wäre, dem geschädigten Zustand abzuhelfen. Es würde wohl vollaus genügen, den Gegnern Oesterreich-Ungarns und Deutschland die Stillierung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für den Fall in Aussicht zu stellen, daß der legitime Handel in diesen Artikeln zwischen der Union und den beiden Zentralmächten nicht freigegeben wird.

Wenn sich das Washingtoner Kabinett zu einer Aktion in diesem Sinne bereit fände, so würde es nicht nur der in den Vereinigten Staaten stets hochgehaltenen Tradition folgen, für die Freiheit des legitimen Seehandels einzutreten, sondern sich auch das hohe Verdienst erwerben, das freudvolle Bestreben der Feinde Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, sich des Hungers als Bundesgenossen zu bedienen, zu modieren. Die I. u. I. Regierung darf sonach im Geiste der ausgezeichneten Beziehungen, die niemals aufgehört haben, zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Vereinigten Staaten zu bestehen, an die Bundesregierung den von aufrichtiger Freundschaft getragenen Appell richten, sie möge unter Bedachtsnahme auf die hier entwickelten Darlegungen den von ihr in dieser so hochbedeutungsvollen Frage bisher eingenommenen Standpunkt einer reiflichen Ueberprüfung unterziehen. Eine Revision der seitens der Regierung der Union beobachteten Haltung im Sinne der von den I. u. I. Regierung vertretenen Auffassung würde nach deren Ueberzeugung nicht nur im Rahmen der Rechte und Obliegenheiten einer neutralen Regierung, sondern auch in den Richtlinien jener von wahrer Menschlichkeit und Friedensliebe beherrschten Grundsätze liegen, welche die Vereinigten Staaten von jeher auf ihr Banner geschrieben haben. Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, die sehr gefällige Vermittlung seiner Exzellenz des außerordentlichen bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Fredric Courtland Penfield, mit der Bitte ganz ergebenst in Anspruch zu nehmen, die vorstehenden Ausführungen auf telegraphischem Wege zur Kenntnis des Washingtoner Kabinetts bringen zu wollen, benützt er zugleich auch diesen Anlaß, um seiner Exzellenz dem amerikanischen Botschafter den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

45

JANDORF

Woche

45

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Ganz besonders günstige Einkaufs-Gelegenheit für sämtliche Bedarfs-Artikel

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

45 Pfennig

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
An den Grenzen von Südtirol und Italien.

WINTERGARTEN

Guido Thielscher
„Venus im Grünen“.
Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Eise Berna Lotte Workmeister
Thalia-Theater, Berlin
Karl Bachmann Julius Spielmann
sowie der
glänzende Juli-Spielplan.

Rose-Theater.

8 1/2 Uhr: Die Fliegerbraut.
Gartenbühne: Lieb Vaterland

Walhalla-Theater.

8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.
Gartenbühne: Vorstellung, Apollonmägen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum 163. Male:
Im Schützengraben
Militärisch. Zeit-
bild von Kesself.
Militärpersonen
u. deren Angehörigen
vollkommen
freier Zutritt zu
b. Stett. Sängern.

Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
„Tausend und eine Nacht.“
Vollständig mit Gesang in 3 Akten.
Erstklassiges Varieté
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Palast

Theater im Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
Das neue Juli-Varieté-Programm!
Wieder eine Steigerung
gegen den vorig. Monat.
Das lenkbare Luftschiff
im Zuschauerraum!
Robert Steidl mit seinen neuen
Juli-Schlagern.
?Pain? - „Charlotte“ - Negro
Arras-Trio - 2 Rogges usw.

Theater für Donnerstag, den 15. Juli.

Deutsches Künstler-Theater.
8 1/2 U.: Die Schöne vom Strand.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Der Bettelstudent.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 1/2 U.: Kyritz-Pyritz.
Kleines Theater.
8 1/2 U.: Ein kostbares Leben.
Lessing-Theater.
8 1/2 U.: Seine einzige Frau.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

S. a. G. Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen der Filialen

finden statt:

Berlin 2: Montag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Tischl. Rittersstr. 121.
Berlin 3: Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Kayser, Reichensberger Str. 154.
Berlin 4: Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Wittenberg, Andreasstr. 20.
Berlin 10: Sonnabend, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11.
Adlershof: Sonnabend, den 17. Juli, abends 9 Uhr, bei Töpfer, am Marktplat.
Lichtenberg I: Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei J. Blum, Frankfurter Allee 227.
Neukölln: Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Tappert, Steinmeierstr. 114.
Pankow: Sonnabend, den 17. Juli, abends 9 1/2 Uhr, bei Schröter, Florstr. 5-8.
Rosenthal: Sonnabend, den 17. Juli, abends 9 1/2 Uhr, bei Barth, Viktorstr. 7.
Tempelhof: Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Benisch in Mariendorf, Chausseestr. 27.
Wildau: Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Rodanec, Bildauer Hof. 116/10

In allen Versammlungen:
Rassenbericht vom 2. Quartal 1915.
Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Durch Beschluß der 12. ordentlichen Generalversammlung tritt die bei Kriegsausbruch inhihierte
Unterstützung in Krankheitsfällen am 1. August d. J. in halber Höhe wieder in Kraft.
Auch ist vorläufig noch eine Wartzeit von 14 Tagen vorgezogen.
Des Weiteren ist vorgezogen, daß der 1. August bereits als **Zahltag** gilt. Es ist deshalb notwendig, daß die erkrankten und arbeitsunfähigen Mitglieder sich bereits vom 19. Juli ab in unserem Bureau schriftlich, mündlich oder durch dritte Personen melden, um sich vor Schäden zu schützen.
Alle übrigen neuen Bestimmungen des Statuts treten an einem späteren noch zu bestimmenden Termin in Kraft.
116/9*
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe.

Stoppdecken! Spotbillige Ausnahmepreise! Prachtvolle Simlil-seidene Stoppdecken 4,35, 5,75, wundervolle, doppelseitige 7,50, 8,75 bis 13,50. Elegante Füllbetten 1,85, 2,85. Wolle Teppichhaus, Dresdenstr. 8 (Kottbuscher). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. 268*

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Stoppdecken, Läuferdecken, Divandecken, sehr billig. Vorwärtsstr. 6 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Fiedrichstr. 4 (Bahnhof Börje). 249/4*

Germanoplas 6. „Handleibhaus“. Extrabilliger Beste wertvoll, Wäschereit, Gardine wertvoll, Teppichverkauf, Uhrenverka uf, Goldschmied. Spotbillige Raftanzüge, Scherenzüge, Herrenhose u.

Zurückgeleitete Teppiche und Vorlägen, Musterläche, weit unter Preis. Teppichhaus Emil Lejeune, nur Dresdenstr. 158. 239*

Leibhaus Moritzplatz 58a! laufen Sie spotbillig von Kapellieren wenig getragene sowie im Verkauf gewesene Jacketts, Rodanzüge, Mäntel, Paletots, Serie I: 10-18, Serie II: 20-30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitsläufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Kleiderhosen, Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 88*

Zigarren. 2000 wöchentlich, abzugeben. Zigarrenfabrik Koeplin, Steglitz, Leubenburgerstr. 3. 4150*

Kinderwagen, alt, verkauft Takt, Planitzstr. 40. 763

Taschenbuch für Gartenreuebe Ein Ratgeber für die Pflege und lachgemähe Bewirtschaftung des häuslichen Bier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hebdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße.

Möbel.
Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit keiner Anzahlung schon Stube und Küche. An jedem Stück deutscher Preis. Jeder vorleistung ausgeliefert. Bei Antrittszeiten, Arbeitslosigkeit anerkannt Rückzahl. Möbelgeschäft Goldhaub, Joffenerstraße 38, Ecke Guelienaustraße. 29018*

Umbaupläschsfasa 50,-, 65,-, 80,-, 100,-, 120,-, 140,-, 160,-, 180,-, 200,-, 220,-, 240,-, 260,-, 280,-, 300,-, 320,-, 340,-, 360,-, 380,-, 400,-, 420,-, 440,-, 460,-, 480,-, 500,-. Englische Bettstellen 35,-, 40,-, 45,-, 50,-, 55,-, 60,-, 65,-, 70,-, 75,-, 80,-, 85,-, 90,-, 95,-, 100,-. Stargarderstraße 18. 399*

Nur im Kriege diese Preise, nie wiederkehrend. Kleiderständer, Vertikale mit Verglasung 42,-, Bettstelle englisch 38,-, Ruhbaum-Diplomat 56,-, komplette Küche 66,-, Kleiderständer mit Spiegel 68,-, Ausgichtisch mit Verbindung 26,-, Kommode 20,- und viele Einzelmöbel für jeden annehmbaren Preis. Gerlich, alte Schöndauerstraße 32. *

Fahrräder.
Fahrräderverkauf Weberstraße 42

Kaufgesuche.

Rupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Rahngewichte, Goldschalen, Silberabfälle, Höchstpreise! Metallschmelze Kohr, Brunnenerstraße 25 und Reußstr. 17. 56/4*

Jahngewichte! Bruchgold! Silberfäden, Platinaabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle Höchstpreise! Schmelze Christianof, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Rantenerstraße). 56/1*

Trommelrad. Herrenrad laut Strecke, Andreasstraße 37. 55/12

Laria. Goldschalen, Silberfäden, Rahngewichte, Stanniol 2-, Quecksilber, Glühstrumpfacke laut Blumel, Kauerstraße 69. 250/1*

Platinaabfälle bis 5,50 pro Gramm, Jahngewichte bis 50,00, Goldschalen, Silberfäden, Treffer, Quecksilber, Stanniolpapier bis 3,25, Kupfer bis 1,85, Messing bis 1,30, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Höchstpreise, Edelmetalle. Einkaufsbureau Weberstraße 31 (Telephon, Holzmarkt). 57/1*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Stühlingerstraße 16.

Kunsthoferei Große Frankfurterstraße 67. 23998*

Vorarbeiter,

welche gute Kenntnisse vom Kohlegeschäft haben, werden bei gutem Lohn sofort eingestellt bei
Anthraciterschulze, Charlottenburg,
Quedlinburger Straße.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haffelbach, Reußstr. 17, Zimmer 10.

Dienermädchen, jugendliche, für kleinen Privatgebrauch, nachmittags 4-7 Uhr im Zentralarbeitsnachweis, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1 (Ecke Goldschmiedstraße), Belle-Allianceplatz 3, -Gormannstraße 13, Alt-Neubau 88, Köpenickerstraße 1 (am Stralauerplatz).

Stellenangebote.

Blockschneider verlangt Ruderbooterstraße 26. 57/8*

10 Korbmacher auf 98 er Wollstr. 25 verlangt Kramer u. Co., Wallstraße 25. 2011b

Korbmacher auf runde Geflochtenkörbe, 66 Zentimeter, aus Weiden, stellt ein Fabian, Kauerstraße 9.

Ungelernte Arbeiter

suchen Gebr. Fricke, Kunststeinwerke, Berlin-VELY, Chausseestr. 64/65. Zu melden beim Betriebsleiter. *

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für unsere Fabrik in Köpenick in Mecklenburg einige tüchtige

Werkzeugdreher

bei hohem Lohne. Angebote an **Sprengstoff-Werke Dr. R. Nahusen & Co. A.-G.,** 57/4* Hamburg 1.

Tüchtige Werkzeugdreher

werden sofort verlangt.
Ehrlich & Grätz,
Berlin SO., Etienstraße 90/91.

Photographisches Atelier.

Für obige Abteilung suchen wir einen tüchtigen

Assistenten,

welcher in gleicher Eigenschaft bereits tätig war. Meldungen von 11-12 Uhr vormittags.
Kaufhaus des Westens,
G. m. b. H.,
Berlin W., Tauchnitzstr. 21/24.

Weibliches Personal,

nur geübtes, für Drehbänke, sucht Berliner Präzisionswerkstätte, Genthiner Str. 3. 57/8

Retoucheusen

für Negativ und Positiv sofort gesucht.
Meldungen in unserer Personalverwaltung III. Eing. von 9-1 und 4-8.
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.,
Berlin W., Tauchnitzstr. 21/24.

Unter dem Burgfrieden in England.

Am „Labour Leader“, dem Organ der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, schreibt der Genosse Philipp Snowden:
 Nach einer Behauptung des Premierministers ist die Koalitionsregierung nur zu dem Zweck gebildet worden, um den Krieg rasch und erfolgreich zu Ende zu führen. Die politischen Parteien sollen alle Streitfragen begraben und kein anderes Motiv als nationaler Patriotismus soll die Handlungen oder Politik irgendeines Mitgliedes der neuen Regierung beeinflussen dürfen. Wenn man sagt, „Mängel anzudeuten oder Mißfallen jögernd kundzugeben“ über diese neue Vereinigung von Talent und Patriotismus, wird man sofort beschuldigt, ein Freund von Deutschland und ein Feind des eigenen Landes zu sein. Das Haus der Gemeinen und das Land sollen die Vergangenheit der Männer vergessen, die der Regierung beigetreten sind, und glauben, daß sie in den Wehen dieser ersten nationalen Krisis neugeboren worden sind.

Aber niemand läßt sich durch solche Beteuerungen irreführen. Die Koalition hat kaum einen Freund im Unterhaus oder im Lande. Die Umstände ihrer Geburt sind verdächtig. Ihre Elternschaft ist immer noch in Geheimnis gehüllt. Sie wurde geboren in politischer Intrige und geschaffen aus Parteinteressen heraus. An einem gewissen Mittwochnachmittag sagte der Premierminister im Unterhaus, daß keine Absicht bestehe, eine Koalitionsregierung zu bilden, und daß der seinen Grund habe, anzunehmen, daß, wenn ein solcher Vorschlag gemacht würde, er allgemeine Zustimmung finden würde. Am folgenden Montag hatte er den Rücktritt jedes Kabinettsmitgliedes verlangt, und ein paar Tage später war die neue Regierung gebildet. In dem Brief, den er an den „Hauptzeitungsleiter“ seiner Partei richtete und der die Bildung dieser Regierung ankündigte, sagte er: es sei schon lange offenbar gewesen, daß solch ein Schritt notwendig sei. Es ist ein interessantes, aber vergebliches Geduldsspiel, zu versuchen, aus den Behauptungen von Politikern Folgerichtigkeit herauszubekommen.

Der Burgfriede ist nie ehrlich eingehalten worden. In Irland ist er jeden Tag während des Krieges grob verletzt worden durch Reden und Schriften der Ulster-Konservativen. Die Konservativen in unserem Lande haben versucht, aus der nationalen Lage Kapital zu schlagen, indem sie eine Verschönerung des Kirchenjahres für Wales erzielten. Abgesehen von irgendeiner positiven Aktion der Konservativen, mußte ihnen ein politischer Waffenstillstand große Parteivorteile liefern. Die Gesetzvorlage, die das Wahlrechtprivileg abschafft, wurde auf dem Altar der nationalen Einheit geopfert. Der Parlamentsakt*) und mit ihm Jahre harter politischer Arbeit ist praktisch aufgehoben. Die Konservativen haben guten Grund für die Befriedigung, die sie nicht verhehlen können. Alles, was sie durch ihre politische Opposition während der letzten zehn Jahre nicht durchsetzen vermochten, und unendlich mehr noch fällt ihnen ohne weitere öffentliche Agitation zu. Die Reaktion sieht in der inneren Politik für viele Jahre in der Macht.

Die Koalitionsregierung ist nicht populär, und man traut ihr nicht im Parlament wegen der Umstände ihrer Entstehung und wegen ihrer Zusammensetzung. . . Die Heranziehung dreier Mitglieder der Arbeiterpartei zur Regierung ist nicht geeignet, die Beziehungen und schließlichen Abmachungen von Demokraten und Gewerkschaftlern gegenüber H. C. Smith und Lord Curzon im Rate der Nation zu bewahren.

Die Demokratie ist jetzt ein solch armselig und verachtetes Ding, daß die Staatsmänner ihr nicht einmal mit dem Munde huldi gen. Die verlassene Regierung wurde durch den Akt des Premierministers aufgehoben ohne ein Wort der Beratung mit seinen Kollegen im Ministerium. Nach der Feststellung des Herrn Pease war die erste und einzige Benachrichtigung, die Kabinettsmitglieder erhielten ein Rundschreiben, das ihren Rücktritt verlangte. Die liberalen Abgeordneten, die Herrn Asquith acht Jahre im Amte erhalten haben, wurden nicht der Zurückziehung für wert erachtet. Ihren Protesten nach dem Zustandekommen der Koalition wurde durch die Entgegnung des Premierministers begegnet, daß er zurücktreten würde, wenn die Liberalen seine Entscheidung nicht annähmen. Die Konservativen hielten eine formelle Parteiverammlung ab, nachdem ihre Mitglieder in die Regierung eingetreten waren. Das Recht des Mehrheitsbeschlusses ist in diesen seltsamen Zeiten sogar von der demokratischen Arbeiterpartei aufgegeben, denn die Mitglieder dieser Partei, die der Regierung beigetreten sind, taten das im Widerspruch zu einer Mehrheitsentscheidung ihrer parlamentarischen Kollegen gegen diesen Schritt.

Das Land steht vor der größten Gefahr seit der

*) Er beschränkt die Rechte des Oberhauses gegenüber dem Unterhause.

Zeit der Republik (Mitte des 17. Jahrhunderts). Die Verwegenheit unserer führenden Politiker zielt nach nichts Größerem als nach der politischen Diktatur. Sie ist praktisch schon in Kraft. Wenn ein Mann eine Regierung über den Haufen werfen und Parteiforderungen aufheben kann, so fehlt wenig zu einer politischen Diktatur. Schon laufen Gerüchte von neuen Entwicklungen. Herr Lloyd George deutete sie in seiner Rede in Lancashire an. Er wies darauf hin, daß die alten Parteigrenzen nie mehr hergestellt würden; daß neue Vereinigungen und neue Namen entstehen werden, wobei die alten politischen Widersacher Arm in Arm gehen würden. Dieser Wind ist seitdem in den frei umherlaufenden Gerüchten über die Bildung einer neuen nationalen Partei mit Herrn Lloyd George und Herrn Balfour als Führern und der allgemeinen Wehrpflicht als Programm weiter ausgebaut worden.

Das Land und das Unterhaus haben den Eindruck des Sinkens in die Rechte und Freiheiten des Parlaments und des Volkes in den letzten Jahren so launisch über sich ergehen lassen, daß diese Männer überzeugt schienen, daß sie das Land führen können, wozu ihnen beliebt. Aber ihr sich bäumender Ehrgeiz kann sich leicht überblenden. Es sind Zeichen der Auflehnung da. Es ist zweifellos, daß beabsichtigt war, ein System der Zwangsarbeit einzuführen, die Arbeiter in der Fabrik derselben Disziplin zu unterstellen, wie die Leute in den Schützengräben. Aber vorerst wird etwas weniger als das beantragt werden. Aber weder die allgemeine Wehrpflicht noch der Arbeitszwang sind tot. Wenn die Opposition in ihren Anstrengungen nachläßt, werden die Ketten den Arbeitern übergemworfen sein, ehe sie es merken.

Die Koalitionsregierung hat die besten Männer im Unterhaus von dem Joch der Parteidisziplin entbunden. Das ist das Ergebnis, das die liberalen Führer wahrscheinlich nicht erwarteten. Sie rechneten auf die Gefolgschaft ihrer Partei selbst soweit, daß sie sich Maßregeln nicht widerstehen, die jedem Prinzip des Liberalismus und der Freiheit widersprechen. Aber sie irren. Die Debatte im Unterhaus über industrielle Wehrpflicht war eine Offenbarung für die Regierung. Sie zeigte, daß starke Kräfte da sind, die zu energischer Tätigkeit getrieben werden, wenn die Regierung es wagt, den Arbeitszwang einzuführen. Die Radikalen sind gewappnet. Die meisten Nationalisten werden sich der Opposition anschließen. Und trotz des Fehlens gewisser Arbeiter- und Gewerkschaftsführer, wird sich Reib und Glanz der Arbeiterbewegung weigern, einen Krieg um die Freiheit zur Gelegenheit werden zu lassen, sie der industriellen und sozialen Freiheit zu berauben, die sie als Ergebnis von Menschenaltern harter Kämpfe genießen. Die Unabhängige Arbeiterpartei ist notwendiger als zuvor. Es steht solch ein Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt bevor, wie ihn dies Land seit Menschenaltern nicht mehr gekannt hat.

Politische Uebersicht.

Ueber die nächste Reichstagsstagung

lesen wir in Berliner Blättern:

Dem bis zum 10. August vertagten Reichstag werden beim Zusammentritt neben dem Nachtragsetat mit der Vorlage wegen Bereitstellung neuer Kriegskredite voraussichtlich Denkrisen der Reichsregierung über den Wirtschaftskreislauf für das neue Erntejahr und die übrigen inzwischen getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen zugehen. Eine Vorlage wegen Ergänzung des Mannschaftsversorgungs-gesetzes steht erst nach den Erklärungen der Reichsregierung für die Zeit unmittelbar nach dem Friedensschluß in Aussicht, da sich erst dann der Umfang der zu lösenden Aufgaben übersehen läßt. Inzwischen ist aber seitens der Reichsfinanzverwaltung dafür gesorgt worden, daß etwaige Härten, die sich aus der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung in der Mannschaftsversorgung ergeben, im Verwaltungswege durch Gewährung von Unterstufungen in geeigneten Fällen ausgeglichen werden. Mit der Beratung der Vorlage, betreffend die Ermächtigung zur Einführung eines Stickstoff-handelsmonopols, hofft man diesmal zum Abschluß zu kommen. In der parlamentarischen Pause ist das für und Wider noch weiter erörtert und geklärt worden, so daß jetzt der Zeitpunkt für die Fassung einer allgemein-befriedigenden Stellungnahme gegeben erscheint.

Erhöhung der Kriegsunterstützungen. — Städtische Lebensmittelversorgung.

Die Zentrumsfraktion des Kölner Rathauses hat einen Antrag eingebracht, der auf eine Erhöhung des städtischen Zuschusses zur Reichskriegsunterstützung und auf die Einführung

einer Nichtunterstützung hinzielt. Bisher gewährt die Stadt Köln zur Kriegsunterstützung einen Zuschuß von 100 Proz.

Die Stadt Köln beginnt jetzt mit dem Verkauf ihrer über 1 Million Pfund betragenden Fleischvorräte. Bis vor kurzem war der Verkauf dieser Vorräte wegen des Festungscharakters der Stadt von der Militärbehörde nicht erlaubt worden. Den Weigern ist ein Nebenverdienst von 15 Pf. für das Pfund zugefallen. — Zur Linderung des Zudermangels hat die Stadtverwaltung den Bundesrat um die Erlaubnis ersucht, die von der Stadt aufgeschöpften Vorräte Roh-zucker raffinierten und den Verbrauchern zuzuführen zu dürfen. Der Bundesrat hat trotz Drängens der Stadtverwaltung die Erlaubnis noch nicht erteilt.

Gegen eine Reform des preussischen Wahlrechts

wendet sich im „Tag“ der freikonserervative Abgeordnete Vorster. Er schreibt unter anderem:

„Opfer hat jeder Teil des Volkes gebracht, nicht der Belohnung halber, sondern für das Vaterland, für Haus und Familie. Ebenjowenig wie andere Parteien eine Belohnung für ihr Wohlverhalten im Kriege durch politische Konzessionen verlangen, kann die Sozialdemokratie deswegen die Erfüllung irgendeiner Forderung ihres Programms beanspruchen.“

Wenn aber die Erfüllung vaterländischer Pflichten durch eine politische Prämie belohnt werden soll, so könnte höchstens ein Zugeständnis auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung in Frage kommen. Denn nicht in den Landtagen, sondern im Reichstage werden die Lebensfragen des deutschen Volkes entschieden. Meer und Flotte, Vereins- und Versammlungsrecht, bürgerliches und Strafrecht unterliegen der Kompetenz des Reichstages; dieser hat besonders auch über die Fragen zu entscheiden, die den Preis der Nahrungsmittel und Verbrauchsmittel der großen Masse beeinflussen: über die Höhe, die Veterinär-gesetzgebung, die indirekten Steuern usw. Die Hauptaufgabe der Landtage besteht dagegen in der Verwaltung des Vermögens des Staates und der Erträge der direkten Steuern; alljährlich wird monatlang über die Verteilung der Schulden, die Eisenbahntaxe und -bauten, die Rentabilität der staatlichen Bergwerke, Domänen und Forsten, den Umbau und die Errichtung von Amtsgerichten und höheren Schulen, die Beamtengehälter, Kanalbauten, Flussregulierungen und dergl. verhandelt. An allen diesen Fragen sind die Arbeiter am allerwenigsten beteiligt. Die großen gesetzgeberischen Aufgaben, die den Landtag in seiner letzten Arbeitsperiode beschäftigt haben: z. B. das Gesetz über die Errichtung und Verwaltung von Fideikommissen, das Fischereigesetz und das Grundteilungs-gesetz sind von Bedeutung hauptsächlich für die Besitzer von Grundbesitz und Kapital. Daß diese auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses einen größeren Einfluß ausüben als die Besitzlosen, ist daher nur recht und billig. . . Deshalb ist es auch ausgeschlossen, daß eine Aenderung des Landtagswahlrechts zum Ausgleich der innerpolitischen Gegensätze beitragen würde. Im Gegenteil: nur wer den Wunsch hat, daß bald wieder Unzufriedenheit und Erregung in unser Volk so einiges Volk kommt, nur der kann der baldigen Wiederaufnahme dieser alten Streitfrage das Wort reden. Die Regierung hat keine Veranlassung, dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie entgegenzukommen. . .

Es lohnt nicht, hier die irigen Behauptungen zu widerlegen, daß die Arbeiterschaft an der Erringung des gleichen Wahlrechts für Preußen minder interessiert sei. Unzählige Male ist dem Volke während der letzten Jahrzehnte das Gegenteil bewiesen worden.

Für heute muß es genügen, auf die Ausführungen Vorsters aufmerksam gemacht zu haben. Wobei höchstens noch bemerkt zu werden verdient, daß die „Deutsche Tageszeitung“ den Artikel Vorsters mit Behagen nachdruckt.

Wahlen im Zeichen des Burgfriedens.

Der Bund der Landwirte hat den Burgfrieden recht geschickt dazu benutzt, solche seiner Parteigänger in die Parlamente zu bringen, die in normalen Zeiten auf den schärfsten Widerspruch der bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Konservativen natürlich — gestoßen wären. Wir nennen nur den Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, Dr. Köstke, der 1912 gleich in zwei Wahlkreisen durchfiel, ferner den ländlichen Agitator, Rittergutsbesitzer aus dem Winkel, und jetzt ist in dem erledigten Landtagswahlkreis Wittenberg-Schweinitz einer der Führer der dem Bund der Landwirte nahestehenden Lehrervereinigung, Hauptlehrer Hermann-Friedersdorf aufgestellt worden.

Die Ernährungsfrage im sächsischen Landtage.

Die Zweite Kammer des sächsischen Landtages behandelte in der Schlussberatung abermals die Maßnahmen über die Volks- und Viehernahrung im Erntejahr 1915. Die Kommission, in der Lange und in vielen Sitzungen die Frage erörtert worden ist, hatte einen 53 Seiten starken Druckbericht herausgegeben, dessen Ergebnis in einstimmig angenommenen Leitsätzen, die künftig für die Ernährungsfrage maßgebend sein sollen, gipfelt. Da die Regelung aber im wesentlichen Sache des Reiches ist, können diese Vorschläge, wie der Ritterschlichter, Genosse Lange, hervorhob, nur die Bedeutung von Wünschen haben, die die sächsische Regierung im Bundesrat zu vertreten haben wird.

Der Minister des Innern erklärte, daß sich die Regierung nicht auf die Einzelheiten der Vorschläge festlegen könne. Sie befinde sich aber im vollen Einflange mit der Auffassung, daß der nicht wirklich in den Verhältnissen begründeten Verteuerung der Lebensmittel scharf entgegenzutreten sei. — In der weiteren Debatte war bemerkenswert, daß die Redner der konservativen Partei energig die Schuld der Landwirte an dem Lebensmittelwucher zurückzuweisen versuchten. Diesem Bestreben wurde von sozialdemokratischer und auch von liberaler Seite lebhaft entgegengetreten. Von unserer Seite wurden auch der Belagerungszustand, die Pressezensur und die Versammlungsverbote nochmals scharf kritisiert. Auch der Burgfriede spielte in der Debatte eine Rolle. Ein nationalliberaler Redner wünschte, daß die gegenwärtige Not des Volkes nach dem Kriege eine Quelle des inneren Friedens werden solle; sonst hätte der Burgfriede überhaupt keinen Sinn. Ein anderer Nationalliberaler suchte die hier und da gestiegenen Löhne der Arbeiter in der Waffenfabrikation in Vergleich zu stellen mit den Wuchergewinnen an Lebensmitteln. — Genosse Lange stellte im Schlusswort diese Argumentation in das rechte Licht. — Nach mehrstündiger Debatte wurde den Vorschlägen der Kommission einstimmig zugestimmt.

Gauleitungen in Hamburg.

Am Donnerstag vergangener Woche erschienen Hamburger Kriminalbeamte bei dem in Al-Börsch, einem Hamburger Vorort, wohnenden Genossen Dr. Laufenberg. Sie teilten ihm mit, daß die von ihm verlegten Broschüren „Imperialismus und Demokratie“ sowie „Organisation, Krieg und Kritik“ vom Generalkommando des neunten Armeekorps verboten seien und beschlagnahmt würden. Auf seine Erklärung, daß er je ein Exemplar der Broschüren gegebenenfalls zum Zwecke der Verteidigung be-

Kriegshelden der Arbeit.

Von Hugo Schulz (Wien).

Kärnten, Anfang Juli.

Krieg ist nicht bloß Tod und Gefahr, sondern auch Arbeit und Mühsal für die Krieger. Für die Arbeiter aber, die in den Hintergründen der Armeen gebannt sind und dort bloß mit Friedenswerkzeugen bewaffnet im Schweiß ihres Angesichts schanzten und scharwerten, ist der Krieg nicht bloß Arbeit und Mühsal, sondern auch Tod und Gefahr. Das wissen wenige und noch weniger würdigen es. Niemand verkennt das große Opfer, das diese alten, in die Arbeiterkolonnen eingereihten Landsturmmänner dem Vaterlande bringen, wenn sie Sommer und Winter ein Romadenleben im Freien führen, bei Hitze und Kälte, bei Regen und Schnee ohne Unterlaß und stumm dem raslos antreibenden Befehl gehorchen, die Spitzhaue schwingen bis zur Erschöpfung oder Geschläge auf hohe Berge schleppen oder nimmermüde hinter Tragtierkolonnen einhertragen oder Reize von Telegraphendrähten über zackige Alpenpfade ziehen. Niemand verkennt es, aber jeden berührt der Gedanke, daß diese Arbeitskraft opfernden Kriegsdienstleister dafür wenigstens geborgen sind, wenn schon nicht gegen die Todesgefahr, die in der Nähe von Seuchenerden lauert, so doch gegen die Wirkung feindlicher Geschosse. Das ist nun oft der Fall, aber häufig genug sind sie gar nicht so fern vom Schuß, als man denkt, und oft sogar recht nahe daran. Arbeit und Kampf, Aufbau und Zerstörung vereinen und verschlingen sich im Kriege oft auf die seltsamste Weise ineinander, da gibt es keine scharf getrennten Zonen.

Am Ufölerpaß sah ich vor einigen Wochen grauhaarige, verwiterte Slowaken mit der Spitzhaue den steinigten Felsboden auflockern. Das war im obersten Winkel des Ungtales, dort, wo es sich zur Schlucht verengt. Dieser unten ragten die Trümmer eines gewaltigen Eisenbahnviaduktes auf, den die unrigen damals, als wir für eine Zeit den Ausfall das obere Ungtal preisgeben mußten, gesprengt hatten. Der 48 Meter hohe steinerne Mittelfeiler war in Schutt zerfallen, auf dem Grund der Schlucht lagen zerbrochen und zerborsten die Eisenstützen zweier Brückenfelder. Der traurige Leuchtmast eines Kunstwerkes unserer technischen Kultur! Es war bitter notwendig gewesen, es zu morden, aber es wurde glücklicherweise bald notwendig, es wieder aufzubauen. Der Uföler Paß war wieder erobert und mit zauberhafter Geschwindigkeit

entstand an Stelle des eisernen Viaduktes als hölzerner Notbau eine sogenannte Spitzlehere, auf der das Gleise bis in den innersten Winkel der Schlucht läuft, um sich dort mit einem zweiten zu vereinigen, das entlang der gegenüberliegenden Schlochtböschung zurückführt. Es war alles fertig und die Erdarbeiten der slowakischen Kriegsdienstleister hatten nur noch den Zweck, den Bahnabschnitt vor Ausfaltungen zu sichern. In das rhythmische Klopfen, Hämmern und Poltern mengte sich zeitweilig ein Kanonendonner, aber die Arbeiter hörten kaum auf, wenn sie ihn hörten. Und doch arbeiteten sie an einer Stelle, die nicht nur im Bereiche der feindlichen Geschützwirkung lag, sondern auf das Feuer der feindlichen Artillerie auch eine gewisse Anziehungskraft übten mußte. So schlug denn auch wirklich zeitweilig eine Granate, Erde und Steinplitter aufwirbelnd, in der Nähe dieser Arbeiterkolonnen nieder und erst vor wenigen Stunden war eine mitten in sie hineingefahren. Es gab keinen Toten, aber zwei Arbeiter mußten erheblich verletzt vom Platz getragen werden. Die anderen aber arbeiteten unbedrossen weiter, mit Ingrimm schwingen sie ihre Spitzhaue und waren sich nur deutlicher als sonst bewußt, daß auch ihr friedliches Werkzeug eine Waffe ist im Kampf wider den Feind.

Ähnliches wie auf dem Ufölerpaß sah und hörte ich jetzt in den Julischen Alpen. Und ich hörte auch, wie es sich nicht selten ereignet, daß sich das Birken des nahe der Front arbeitenden Landsturmmannes ganz unmittelbar in kriegerische Helmental umsetzt, daß die Arbeit, wenn die Sache es heischt, auch aufrecht und ohne Dedung durch das höllische Feuer der Schlacht schreitet. In besonders drastischer Weise hat das kürzlich das Verhalten zweier Männer erwiesen, die nun in Anerkennung ihres dem Tode tropfenden Pflichtgefühles Tapferkeitsmedaillen erhalten haben. Der eine ist der Sappeur Jugführer Johann Kossinsky, der andere ist der als Zivilarbeiter Kriegsdienstleistende Landsturmmann Wenzel Fischer. Beide waren mit Montierungsarbeiten bei einer Befestigungsanlage beschäftigt, als plötzlich ein heftiges Bombardement über ihren Arbeitsplatz niederlag. Die Trümmer einer unter der Granatennwirkung abstürzenden Feldwand polterten über sie weg und verschütteten einen Teil der Anlage, die sie eben mühselig errichtet hatten. Sie wichen nicht vom Platze. Im heftigsten Feuer gruben sie die Maschine aus dem Schutt und setzten sie wieder in Betrieb. Als sich später die Notwendigkeit ergab, sie wieder abzumontieren, leisteten sie auch diese Arbeit im heftigsten Schrapnellregen und fast unbeschädigt konnten sie die Maschine bergen. Trotz sichtlich erschöpfend schlugen sie dann den ihnen angebotenen Rahtag aus und ruhten nicht eher, als bis sie ihre Maschine wieder in Stand gesetzt hatten.

nötige, wurde ihm bedeutet, daß er alle vorhandenen Exemplare ausliefern müsse. Genosse L. behändigte darauf den Beamten zwei Exemplare der ersten und ein Exemplar der anderen Broschüre. Weitere Exemplare fanden sich bei der daran vorgenommene Hausdurchsuchung nicht vor. Auch wurde dem Genossen L. ein in der Versammlung der Landesorganisation verteiltes Schriftstück vorgelegt, das, nur an Delegierte ausgegeben, aber sofort in die Hände des Generalkommandos gelangt war. Es enthielt Mitteilungen aus den Eingaben der Wirtschaftsverbände an die Regierung, einen Brief Tepper Lassis sowie Mitteilungen aus der Budgetkommission des Reichstages und den Sitzungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Es wurde Gewicht auf die Frage gelegt, ob dieses Schriftstück etwa in die Hände von Jugendlichen gelangt und ob Literatur in das Feld gesandt sei. Eine Rolle spielten auch die folgenden Stellen aus dem Bericht des „Hamburger Echo“ über die letzte Versammlung der Landesorganisation (Nr. 161 vom 1. Juli): Da Genosse L. in der vorigen Versammlung an der Besprechung der politischen Lage durch den Vorsitzenden „gehindert“ worden sei, habe er seine schriftlich verzieltigten Darlegungen vor der Versammlung verteilen lassen. Genosse Laufenberg beschäftigt sich jetzt anscheinend wenig mit der Hamburger Parteigeschichte, für die er sein Gehalt beziehe, sondern er gibt Broschüren heraus und erweckt den Anschein, als ob er besonders intime Kenntnis von allen diplomatischen und parlamentarischen Vorgängen hat. Wenn diese Kenntnis durchweg aus so trüben Quellen stammt wie das, was er aus vertraulichen Sitzungen der Reichstagsfraktion erfahren haben will, dann kann er mir leid tun. . . . Wenn da nun die Opposition behauptet, auch sie erkenne die Pflicht der Verteidigung des Vaterlandes an, aber man dürfe der Regierung die Kredite nicht bewilligen, so ist entweder der erste Satz nicht ernst gemeint oder es fehlt diesen Leuten jedes Gefühl für den logischen Zusammenhang der Dinge. Dann die Anerkennung des Burgfriedens! Auch diese folgt logisch aus der Erkenntnis, daß wir während des Krieges alles tun müssen, was zur Verteidigung des Vaterlandes nötig ist, und alles unterlassen müssen, was dieser Verteidigung schaden könnte. Das heißt noch lange nicht, daß wir blindlings der Regierung folgen und auf jede Kritik verzichten sollen. Aber die Kritik muß Rücksicht auf die augenblicklichen Verhältnisse und auf die gefährliche Lage des eigenen Landes nehmen.“

Waher den drei Broschüren wurde bei dem Genossen L. nichts vorgefunden, was den Beamten des Mitnehmens wert schien. — Inzwischen haben Hausdurchsuchungen noch bei weiteren Genossen stattgefunden.

Zigaretten-Vanderolesteuer in Sicht?

Wie ein Fachblatt erfahren haben will, wird das Reichshauptamt dem Bundesrat nach Friedensschluß einen Gesetzentwurf, Zigaretten-Vanderolesteuer betreffend, zu gehen lassen. Man ist noch am Erwägen, ob vielleicht die Vanderole zu umgehen ist, ob eine Versteuerung oder eine erhöhte Tabakzollsteuer vorzuziehen wäre. Der Ertrag der Vanderolesteuer wird auf 40 bis 50 Millionen Mark pro Jahr geschätzt.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Wolffs Bureau meldet: Am Auswüchsen im Zwischenhandel und wucherischen Treiben im Groß- und Kleinhandel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs (Brot, Mehl, Fleischwaren, Kaffee, Tee, Kakao, Gemüse, Milch, Holz, Kohlen, Leuchtöl, Seife) entgegenzutreten, hat das Stellvertretende Generalkommando des 13. Armeekorps (Stuttgart) verfügt, daß mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird, wer beim Verkauf bzw. Einkauf ungebührlich hohe Preise bietet, fordert oder annimmt, wer zum Verkauf bestimmte Gegenstände zurückhält, und wer als Verkäufer ohne Grund dem Käufer die Abgabe von Verkaufsgegenständen verweigert.

Eine Lotterie zur Unterstützung der Kriegerfamilien.

Man schreibt uns aus Danzig: Danzig ist während des Weltkrieges in unruhiger Weise dadurch hervorgetreten, daß es als einzige deutsche Großstadt nach wie vor den Familien der Feldzugsteilnehmer einen festen städtischen Zuschuß zur staatlichen Kriegsunterstützung verweigert. Von gelegentlichen Unterstützungen abgesehen, überläßt die Stadt Danzig die Sorge für die Kriegerfamilien einer privaten Vereinigung, der Kriegshilfe. Diese Einrichtung ist auf freiwillige Beiträge angewiesen. Um ihren versiegenden Mitteln aufzuhelfen, ist für den 1. August die Veranstaltung eines „Opfertages“ in Vorbereitung, dessen Erträgnis den Zwecken der Kriegshilfe dienen soll. Neben der Errichtung einer Spendenkassette, in die jeder, der bezahlt, je nach dem Grade seines Opfers einen eisernen oder silbernen Nagel schlagen darf, und dem Straßenverkauf von Zigaretten und Ansichtskarten ist, wie die bürgerlichen Zeitungen mitteilen, die Erlaubnis zur Abhaltung einer Lotterie nachgefragt, deren Lose im Straßenhandel vertrieben werden sollen.

Eins muß noch an dieser Stelle mitgeteilt werden: zweimal ist es in Danzig in allerjüngster Zeit vorgekommen, daß Frauen von Kriegsteilnehmern ermittelt wurden, weil sie nicht die Riese zahlen konnten. Im ersten Fall, der eine Frau mit zahlreicher Kinderfamilie betraf, hatte die Betreffende in ihrer Unkenntnis der Folgen keinen Widerspruch erhoben, als sie als gesetzliche Vertreterin ihres Mannes bestellt wurde. Daraufhin konnte die Witwa die zwangsweise Räumung der Wohnung durchsetzen. Im anderen Falle hatte der Krieger die Wohnung nicht direkt vom Wirt, sondern von einer Studentenverbindung, bei der er als Diener tätig war, gemietet. Die Verbindung bleibt weiter wohnen; die Familie mußte auf Verlangen des Wirtes hinaus. In Uniformenten bemühte sich der Mann vergeblich um eine andere Wohnung. Sein Hausbesitzer wollte der Familie Obdach geben. Im Bureau des Magistrats verlangte eine dort amtierende Dame von dem Krieger, er solle bei dem Magistrat seine Bezugskarte für die staatliche Kriegsunterstützung verpfänden. Dann werde der Magistrat bei einem Hausbesitzer Garantie für die Mietzahlung übernehmen und seiner Familie eine Wohnung besorgen. Dies Anerbieten mußte der Krieger ablehnen, weil seine Frau und seine Kinder dann völlig mittellos gewesen wären. Er mußte von dem Urlaub zurück zum Regiment, ohne für Weib und Kind eine Wohnung gefunden zu haben.

Die „Märkische Volksstimme“ verboten.

Redaktion und Verlag der „Märkischen Volksstimme“ teilen folgendes mit: Durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken vom 11. Juli d. J. ist das Erscheinen der „Märkischen Volksstimme“ wegen eines Artikels: „Auf der Loretohöhe“ (Eine französische Schilderung) bis auf weiteres verboten.

Verfehlte Ausschächtung der Klassiker des Sozialismus.

Von Eduard Bernstein.

Unter dem Titel: Die Stellung des klassischen Sozialismus zur Kriegfrage hat Genosse Dr. Quard in der „Frankfurter Volksstimme“ einen Artikel veröffentlicht, der aus zwei Gründen zu einer Erweiterung herausfordert.

Es sind die von Friedrich Engels zur Zeit des italienischen Einheitskampfes von 1859/60 verfaßten Schriften „Po und Rhein“ und „Savoyen, Nizza und der Rhein“, die es dem Genossen Dr. Quard angetan haben. Bemerkungen, die er in diesen Schriften findet, werden ihm zu Befremdungen, auf Grund deren Engels und mit ihm Marx als Bundesbrüder aller Gewaltpolitiker erscheinen.

Es ist dies nur dadurch möglich, daß Quard dreierlei nicht berücksichtigt:

1. Die besonderen Zeitverhältnisse, unter denen jene Schriften verfaßt und die auf sie bezüglichen Briefe von Marx und Engels geschrieben wurden;

2. den besonderen Zweck, den Engels mit jenen Schriften verfolgte, und die besonderen Voraussetzungen, unter denen er sie schrieb; und

3. die großen Veränderungen, die sich seit Abfassung jener Schriften in der politischen Gestaltung Europas und der Natur und dem Kräfteverhältnis seiner Klassen und Parteien vollzogen haben.

Als Engels „Po und Rhein“ usw. schrieb, war Frankreich Kaiserreich unter Napoleon III., der, um die Franzosen mit seinem Regiment zu versöhnen, soviel als möglich der „Napoleonischen Ideen“ zu verwickeln suchte, wozu u. a. die Wiederherstellung des Frankreichs vor 1815 gehörte, also u. a. die Rückeroberung des linken Rheinufer. Welche militärischen Gründe französischerseits dafür geltend gemacht werden konnten, hebt Engels in „Po und Rhein“ selbst hervor. Der mit Rußland abgeklärte italienische Krieg gegen Oesterreich erschien als der erste Schritt dazu, und da Oesterreich damals noch zum Deutschen Bund gehörte und als dessen militärisch stärkste Macht galt, hieß Besiegung Oesterreichs auch Schwächung Deutschlands. Daß dieses selbst erobernd auftreten könnte, war noch ganz außer Frage. Es war durch seine Bundesverfassung an Händen und Füßen gelähmt und tatsächlich nur der Lage ausgeführt, sich seiner Haut wehren zu müssen.

Zweitens. Der Sieg Frankreichs hieß aber nicht nur eine Schwächung des erst im Werden begriffenen Deutschland. Er hieß auch die Befestigung des Kaiserreichs in Frankreich, dem Vorland der Revolution in Europa. Mit anderen Worten: er bedeutete eine Niederlage der von Marx und Engels herbeigeführten europäischen Revolution, ihre Vertagung auf unbestimmte Zeit — diese Revolution aber ist der ausgesprochene Leitgedanke der zwei Engelschen Schriften, wie er der Hintergrundgedanke von Ferdinand Lassalles zur gleichen Zeit verfaßten Schrift über den italienischen Krieg war. Der Briefwechsel Marx' und Engels' und die Briefe Lassalles im März stellen das über jeden Zweifel hinaus fest. Bei Engels wie bei Lassalle handelt es sich nicht um Programme oder Anweisungen für die Regierungen des Tages, sondern um Wegweiser für die Parteien der Revolution gegen diese Regierungen. Das ist der Zweck der genannten Schriften, ohne seine Berücksichtigung erhalten eine ganze Reihe von Sätzen darin einen durchaus schiefen Sinn.

Und dies ganz besonders, wenn man den dritten Verstoß begehrt und die großen, eine ganze Untermäßung darstellenden Unterschiede in den Verhältnissen zwischen damals und jetzt außer Betracht läßt. Um nur einiges herauszugreifen: 1859 war Frankreich als Kaiserreich die tonangebende erste Militärmacht Europas. Die Ansprachen seines Kaisers mochten die Kurze an den europäischen Börsen steigen und fallen. Deutschland aber ist zerrissen, seine Regierungen schmieden Ränke gegeneinander und stehen zum Teil unter ausländischem Einfluß. 1914 aber ist Frankreich Republik, auf dem Wege zur Demokratie, Deutschland Kaiserreich und erste Militärmacht der Welt. In Frankreich siegen bei den Wahlen von 1914 die beiden Parteien, welche die entschiedensten Vertreter des Friedens sind, über die Kriegsparteien, und maßgebende Vertreter dieser Parteien kommen in den Ministertagen mit den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie sowie bürgerlichen Friedensfreunden zusammen und bekämpfen den Wunsch nach einer dauernden Verständigung mit Deutschland. Im Jahre 1859 gab es nirgends in Europa eine organisierte politische Partei der Arbeiterklasse, Engels, Marx, Lassalle sprachen als Einzelpersonen. Keiner organisierten Partei verantwortlich, warfen sie ihre Flugblätter — abendlein anonum — als Gärungstoff auf den Büchermarkt, abtätlich dem Begriffsvermögen des breiten bürgerlichen Publikums angepaßt, was dadurch angängig war, daß damals gerade in Deutschland der nationale Gedanke selbst revolutionär war. . . .

Angeht dies dieser bedeutsamen Unterschiede, denen noch andere, nicht minder bedeutsame zur Seite stehen, die hier aus begrifflichen Gründen unerörtert bleiben müssen, darf es als eine Angelegenheit bezeichnet werden, wenn Genosse Quard einzelne Sätze aus den damaligen Schriften und Briefen unserer Vorläufer herausgreift, um diese zu Bundesbrüder zu machen — nicht etwa nur des nationalitätlich gerichteten Flügels der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch gleich des deutschen Nationalliberalismus.

Quard schiebt seinen Artikel mit der Bemerkung, Engels sei gewiß „bester Internationaler“ gewesen, als es heute die Genossen Sembat und Vandervelde sind, nur habe er daneben „auch gewagt, Deutscher zu sein und sein Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht nur zu verteidigen und ein Rämpfer für seine wirtschaftliche und politische Zukunft zu sein“. Danach scheint es zunächst zweierlei internationales Recht zu geben, wonach, was dem deutschen Internationalisten erlaubt ist, dem Internationalisten, der Franzose oder Belgier ist, nicht erlaubt sein soll, daß ein solcher sein Vaterland in der Stunde der Gefahr oder selbst der Anbedung nicht verteidigen darf. Friedrich Engels fühlte sich stark als Deutscher, sein nationales Empfinden war unzweifelhaft härter als das Marx'sche, ja selbst härter als die nationale Ader Ferdinand Lassalles, aber zu solcher Folgerung hat es nicht ausgereicht. Engels lag die politische und wirtschaftliche Zukunft seines Vaterlandes so stark am Herzen, wie nur irgendeinem Sozialdemokraten, und ich kenne keinen einzigen deutschen Sozialdemokraten, dem sie nicht am Herzen läge — aber über das Wesen und die Bedingungen dieser Zukunft trennte ihn von den heutigen Nationalisten eine ganze Welt. Sein Verhalten beim Kriege von 1870/71 hat dies auf das unzweifelhafteste bewiesen. Solange dessen Abwehrcharakter gegen das kaiserliche Frankreich überwog, waren er und Marx trotz schärfster politischer Weigerung gegen die Regierenden Deutschlands mit ihren Sympathien auf der deutschen Seite. Als aber der Charakter sich änderte, als Ziele verfolgt wurden, deren Verwirklichung nach seiner Überzeugung die Beziehungen des deutschen Volkes zu dem französischen Nachbarvolk dauernd verschlechtern mußten, da war es auch mit

dieser Stellungnahme von Friedrich Engels zu Ende, da hat sein tiefempfundenes deutsches Nationalgefühl Engels nicht gehindert, in der Opposition noch weit über das hinauszuweisen, was heute die radikalsten der radikalen Mitglieder unserer Partei in dieser Hinsicht tun, ich möchte sagen, auch nur zu denken wagen.

Worte sind deutungslos, politische Wendungen haben in verschiedenen Stunden einen verschiedenen Sinn. Als der Demokrat Hoffmann von Fallersleben sein „Deutschland über alles“ dichtete, ahnte es nicht, daß dieses lange Zeit mit Licht und Mann belegte Lied ein Schlaggefang der Antisemiten und dann die Marschlied der Aldeutschen werden sollte. So kann man in den Schriften unserer Altmeister Wendungen in großer Zahl finden, die, buchstäblich auf die Gegenwart angewandt, sie zu Aldeutschen, Antisemiten und der Himmel weiß was noch Stempeln würden. Unter anderen Verhältnissen geschrieben, hätten sie grundverschiedenen Zweck und Sinn. Niemand hat ein größeres Interesse daran, dies auf das Schärfste zu betonen, als die Sozialdemokratie, und zu keiner Zeit war dies Interesse stärker als heute.

Es ist wahrhaftig die höchste Zeit, zur Selbstbesinnung zurückzukehren.

Aus der Partei.

Partei und Gewerkschaften.

Von mehreren Gewerkschaftsbeamten wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ vom 13. Juli bringt einen offiziellen Bericht über eine Konferenz von Gewerkschaftsbeamten (es waren anwesend: von jeder Gewerkschaft ein befetztes Vorstandsmitglied und die Generalkommission), die in der vergangenen Woche stattgefunden hat. In dem Bericht wird ein Beschluß dieser Konferenz zu den Meinungsverschiedenheiten in der Partei mitgeteilt und hinzugefügt:

„Damit ist die Stellung der Deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet.“

Dieser Satz zeigt, daß sein Verfasser sich über die demokratische Grundlage der freien Gewerkschaften vollständig im Unklaren ist. Die Stellung der Gewerkschaften zu Parteifragen kann nicht von einzelnen Vorstandsbeamten vorgeschrieben, sondern nur durch die Gewerkschaftsmitglieder entschieden werden. Durch den vom „Vorwärts“ mitgeteilten Beschluß kommt lediglich die Ansicht der an der Konferenz beteiligten Gewerkschaftsbeamten zum Ausdruck.

Noch ein Wort zum Meinungsstreit der Gewerkschaften.

Nichts mehr über Regien, der ja die Behauptungen der J. R. auf sich beruhen läßt. Aber ich kann nicht ohne Widerspruch die Behauptung R. Schmidts hingenommen lassen, ich hätte wirklich den Ausdruck getan: „Das ist die Gelegenheit, die Gewerkschaftsführer zu duden.“

Mein Gedächtnis ist nicht so glänzend wie das des Genossen Schmidt. Ich bin weit entfernt davon, mich für jedes Wort zu verbürgen, das ich vor neun Jahren gesagt oder gehört. Trotzdem kann ich mit voller Bestimmtheit erklären, den zitierten Ausdruck nicht getan zu haben, da er in schroffem Widerspruch steht zu meinen Ansichten und zu den Absichten, die ich in Mannheim verfolgte.

Die Rede, mit der ich dort meine Resolution begründete, schloß mit den Worten:

„Der Antrag ist nicht etwa eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften, im Gegenteil, er will erst die Basis schaffen, auf der allein ein fruchtbares und einheitliches Wirken zwischen Partei und Gewerkschaften möglich ist.“

Gleich darauf soll ich der Berliner Delegation das Gegenteil gesagt haben! Das ist einfach sinnlos.

So kommen wir aber in den Parteidiskussionen hin, wenn unser Verhalten in der Vergangenheit nicht nach dem beurteilt wird, was wir nachweisbar öffentlich gesagt oder geschrieben haben, sondern nach einem Satz, von dem einer glaubt, er könne sich erinnern, ihn vor Jahren in der erregten Diskussion einer flüchtigen, vertraulichen Zusammenkunft gehört zu haben.

Ich kann natürlich Genossen Schmidt nicht hindern, seine Behauptung auch weiterhin aufrecht zu halten. Dann steht eben Behauptung gegen Behauptung.

Ammerkung der Redaktion des „V.“. Wir erhielten in der gleichen Angelegenheit eine längere Zuschrift des Genossen Eugen Brückner, in der die Auffassung des Genossen Robert Schmidt bestätigt wird. Im übrigen betrachten wir den Meinungs- austausch über diese Frage jetzt für erledigt.

Südekum „einfache Feststellungen“.

Wir veröffentlichten vor einiger Zeit einen Auszug aus einem Interview, das der Genosse Südekum amerikanischen Blättern zufolge dem ehemaligen Bundesdeputierten Weridige gewährt hatte, und das mehr als auffällige Wendungen enthielt. Vergeblich haben wir auf ein Dementi oder eine Berichtigung des Genossen Südekum gewartet, und erst auf dem Umwege über die „fränkische Tagespost“ erfahren wir jetzt, daß er an unserer Notiz etwas auszuweisen hat. In einer Zuschrift an dieses Blatt, das das außerordentlich umfangreiche Interview im vollen Wortlaut gebracht hat, erklärt er nämlich, der Auszug des „Vorwärts“ sei so offensichtlich tendenziös zusammengestellt und in so offenkundiger tendenziöser Absicht mitgeteilt worden, daß er vernünftige Leser „unseres famosen Zentralorgans“ durch eine Entgegnung zu beleidigen gesüßet habe.

In voller Anerkennung des Partgeistes, aus dem heraus Südekum auf eine Entgegnung verzichtet hat, gestehen wir ihm gern zu, daß wir tatsächlich keine goldenen Worte in tendenziöser Absicht einem größeren deutschen Leserkreis zugänglich gemacht haben, in der Absicht nämlich, den deutschen Arbeitern seine und der von ihm repräsentierten Gruppe Meinung über den Krieg, seine Beweggründe usw. bekanntzugeben. Von einem tendenziösen Zusammenfassen kann jedoch nicht die Rede sein. Rücksicht auf den Raum usw. verbietet uns die wörtliche Wiedergabe der spaltenlangen Unterredung, und wir mußten uns daher auf die Anführung der charakteristischsten Stellen beschränken.

Aber was hat denn nun Genosse Südekum den Lesern der „fränkischen Tagespost“, die er — sie sind seine Wähler — offenbar für weniger vernünftig hält als die Leser des „Vorwärts“, sachlich mitzuteilen? Er stellt fest, daß Senator Weridige aus einer ganzen Reihe von geistlich auseinanderliegenden Gesprächen das Wesentliche mit großem Geschick und gutem Verständnis herausgeholt habe. Nicht in allen Punkten sei Weridige seinen Anschauungen und Darlegungen in jeder Weise gerecht geworden; „aber“ so fährt unser Genosse fort, „von dem, was er mir in den Mund legt, sind mindestens neunzig Hundertteile einfache Feststellungen von Tatsachen, Ausdruck allgemeiner Parteibezugung oder doch der Überzeugung der übergroßen Parteimehrheit. An wenigen Stellen habe ich gegen Einzelheiten Vorbehalte zu machen. Aber auch da scheint mir der Herr Verfasser nur das Opfer von Mißverständnissen geworden zu sein, oder der Uebersetzer hat vielleicht seine Worte nicht scharf genug wiedergegeben.“

Südekum fährt diese Stellen im einzelnen an. So sind seine Anklagen über die deutsche Konkurrenz gegen England zum Teil durcheinander geworfen, zum Teil auf eine viel zu einfache Formel gebracht worden. So haben sich an der Stelle über die Militärpartei Darlegungen über die rechtliche Stellung des Offizierskorps mit Reflexionen über die tatsächliche politische Betätigung von Militärs vermengt. Ferner ist die Stelle über die Notwendigkeit der deutschen

Flotte nicht ganz so wie sie nach Gegenstand und Verlauf des Gesprächs lauten mühte, und endlich liegt bei der Stelle über Lieblichkeit etwas eine Verwechslung zwischen Partei und Fraktion vor, und zweitens hat Sidelum so starke Ausdrücke wie „Verrat an der deutschen Nation und der deutschen Sozialdemokratie“ vermieden. Auch sonst wären nach seiner Versicherung noch einige kleine Richtigstellungen zu machen, über die er sich aber nicht weiter äußert.

Das ist alles, und das ist sehr wenig. Man vergleiche damit unsere Mitteilungen aus dem Interview und man wird finden, daß abgesehen vielleicht von dem Versuch einer Abkühlung der Keuperungen über Lieblichkeit, nichts Wesentliches berichtet wird. Um von anderem zu schweigen, so gehört offenbar auch die Wendung, dieser Krieg sei der Krieg der deutschen Arbeiter zu den neuzeitigen Hundertteilen „einfacher Feststellungen“, und das allein würde eine genügende Rechtfertigung dafür sein, daß wir von Südekums Meinungsäußerung mit dem Herrn Senator die Leser des „Vorwärts“ in Kenntnis gesetzt haben.

Organisation und Sonderbestrebungen.

Die Funktionäre des letzten Berliner Reichstagswahlkreises beschäftigten sich in ihrer letzten Kreisversammlung mit der Rundgebung des Zentralvorstandes von Groß-Berlin über die Sonderbestrebungen. Die von 358 Funktionären besuchte Kreisversammlung sah nach längerer Diskussion folgenden Beschluß:

„Die Kreisversammlung erklärt, daß sie jede Sonderorganisation verurteilt.

Sie kann aber darin, daß einige Parteigenossen zusammenkommen, um sich über Maßnahmen innerhalb der Organisation zu besprechen und ihre Ansicht zur Geltung zu bringen, keine Sonderorganisation erblicken.

Ebenso wenig kann von einer Sonderorganisation die Rede sein, wenn unter dem Vorkriegszustand Genossen, welche mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Kriegskredite nicht einverstanden sind, ihre Meinung schriftlich oder mündlich den Parteigenossen zur Kenntnis bringen.“

Dem übrigen Inhalt der Rundgebung des Zentralvorstandes stimmte die Konferenz zu. Diese lautet:

„Der Zentralvorstand gibt zu, daß der aus dem Kriegszwang sich ergebende unbefriedigte Betätigungsdrang der Genossen erklärlich ist. Er richtet darum an Parteivorstand und Reichstagsfraktion von neuem das Ersuchen, keine Gelegenheit vorbeizugehen zu lassen, ohne den Wünschen der Vorkriegsteile Rechnung zu tragen, die... und mit der Lebensmittelsteuerung unzufrieden sind, sowie eine freiere Gestaltung der politischen Zustände im Innern fordern.“

Der Zentralvorstand fordert die Berliner Parteimitglieder auf, ohne Unterlaß für die Entfaltung eines möglichst regen Vereinslebens Sorge zu tragen, damit allen Genossen die Gelegenheit gegeben ist, im Rahmen der Parteiorganisation ihre Anschauungen zu vertreten. (Regel Besuch der Jahrlabende, lebhafter Meinungsaustausch, Agitation für die Partei usw.)

Der Zentralvorstand verurteilt die Vermengung des Namens der Arbeiter-Bildungsschule oder anderer Parteieinrichtungen für Zusammenkünfte, die außerhalb der Organisation veranstaltet werden.“

Aus den Organisationen.

Der Wahlkreis Dortmund-Hörde nahm in seiner letzten Generalversammlung Stellung zu dem gegenwärtigen Parteizustand. Genosse Wredendeb verteidigte eingehend die Haltung der Fraktion und des Parteivorstandes. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl er nachstehende Resolution:

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes in der Frage der Kreditbewilligung. Auch der Bewilligung des Kriegsbudgets erklärt sie ihre Zustimmung; die Generalversammlung spricht aus, daß diese Bewilligung nicht auf gleiche Stufe gestellt werden kann mit der Budgetbewilligung in Friedenszeiten. Die Generalversammlung erblickt in der geschehenen Bewilligung keine Vertrauensfundgebung für die Regierung, sondern eine zur Verteidigung des Vaterlandes gebotene Pflicht. Die Generalversammlung spricht weiter aus, daß jede Ueberzeugung auch über Fragen des gegenwärtigen Krieges zu achten ist. Sie verurteilt aber entschieden jede Art von Auseinanderetzung, die, gleichviel von welcher Seite sie geübt wird, die gegenseitige Verständigung zu erschweren und die Geschlossenheit der Partei zu gefährden geeignet ist. Mit allem Nachdruck protestiert die Generalversammlung gegen die Vertrauensbrüche, die deutsche Genossen in der „Berliner Tagwacht“ begangen haben.“

Diese Resolution wurde nach lebhafter Diskussion mit 101 Stimmen gegen 10 Stimmen angenommen.

Aus dem Stand der Organisation ist mitzuteilen: Bei Beginn des Berichtsjahres waren vorhanden 7887 männliche und 1985 weibliche Mitglieder, zusammen 9872. Es wurden neu aufgenommen 663 männliche und 157 weibliche Mitglieder; zugezogen sind 247 Mitglieder; der Zuwachs beträgt mithin 1085. Dagegen sind als verstorben gemeldet 1462, gestrichen 567, ausgetreten 22, gestorben 42, im Felde gefallen 115 Mitglieder, zusammen 2208. Somit ist ein Mitgliederabgang von 1173 zu verzeichnen. Am 31. März d. J. waren vorhanden 6962 männliche und 1667 weibliche, zusammen 8629 Mitglieder. Bis zum 31. März waren 2555 Genossen zum Kriegsdienst eingezogen.

Das finanzielle Ergebnis des Berichtsjahres ist zufriedenstellend. Der Verein kam seinen sämtlichen Verpflichtungen nach, führte die sayungsgemäßen Beiträge an den Parteivorstand und an den Bezirksvorstand ab und erhöhte dabei noch den Kasseebestand des Kreises von 12 743,71 M. auf 15 094,46 M.

Die Bezirkskonferenz des sozialdemokratischen Bezirksverbandes für Medienburg und Lübeck lehnte gegen vier Stimmen eine Resolution ab, die die Reichstagsfraktion zur Ablehnung der Kriegskredite verpflichten wollte. Gegen zwei Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die nach der „Medienburgischen Volkszeitung“ lautet:

„Die Bezirkskonferenz des sozialdemokratischen Bezirksverbandes für Medienburg und Lübeck, die Medaktionen der im Bezirk erscheinenden Parteipresse sowie die Mitglieder der gewerkschaftlichen Landeszentrale für Medienburg erklären sich mit der bisherigen Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten einverstanden.“

Sie erkennen an, daß beide insbesondere demütigt waren, unter Verächthung der Interessen des eigenen Landes und seiner Bevölkerung, zu tun, ... und müssen sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Sonderbestrebungen einer Anzahl von Mitgliedern der Partei wenden, da solche Bestrebungen nur geeignet sind, die Aktionsfähigkeit der Partei und ihre Einheit zu stören.“

Eine Konferenz der Parteifunktionäre des 2. weimarerischen Wahlkreises (Eisenach-Dornbach) beschäftigte sich am Sonntag unter anderem auch mit den inneren Parteifreistreitigkeiten. Nach einem Vortrag des Genossen Leber wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Haltung der Mehrheit der Fraktion nicht mit den Ansichten der Genossen des Kreises übereinstimmt. Das Vorgehen der Mehrheit wurde als ein Festhalten an den alten Parteigrundlagen bezeichnet. Als eine pflichtgemäße Wahrung an diese Grundzüge wurde der Ruf „Das Gebot der Stunde“ betrachtet. Die Konferenz erkannte ferner dem Genossen Haase auch als Vorsitzendem das Recht zu, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern und erwartet, daß Haase auf seinem Posten beharren möge.

Gewerkschaftliches.

Kohlenteuerung und Bergarbeiterlöhne.

Am 15. Juni erschien in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ eine Notiz, wonach in Uebereinstimmung mit den anderen Bergbaubezirken nun auch für den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk eine Preiserhöhung von 1 Mark für die Tonne und für alle Formate durchgeführt werden soll mit Wirkung vom selben Tage. Nach dem Wortlaut dieser Notiz muß angenommen werden, daß nicht nur im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, sondern auch in allen anderen eine solche Preiserhöhung entweder durchgeführt oder geplant ist.

Diese Preissteigerung kann man durchaus nicht als gerechtfertigt anerkennen. Sie bedeutet, allgemein durchgeführt, eine ungeheure Belastung der Konsumenten, unter denen sich viele arme und ärmste Familien befinden. Betrug doch die Förderung an Braunkohlen in Deutschland im Jahre 1914 83 946 906 Tonnen, so daß eine Mehrbelastung der Konsumenten von fast 84 Millionen Mark herauskommt, die auf der anderen Seite für die Unternehmer ebenso viel Mehrertrag bedeuten. Dabei geht aus den Berichten der Braunkohlenerwerke hervor, daß die augenblickliche Geschäftslage trotz des Krieges gut ist. Das ergibt sich auch aus den Förderungszahlen, aus denen hervorgeht, daß die Minderförderung im Jahre 1914 nur 3 165 437 Tonnen beträgt. Wenn in den Zeichenberichten gesagt wird, daß bei weiteren Lohnerhöhungen mit weiteren Preisaufschlägen gerechnet werden muß, so wäre eine derartige Maßnahme durchaus nicht begründet. Die Leistungen der Bergarbeiter im Braunkohlenbergbau sind gewaltig gestiegen. So betrug die Förderung pro Kopf der Belegschaft im

	II. Quartal 1914	IV. Quartal 1914
Oberbergamtsbezirk Halle	254 Tonnen	335 Tonnen
Vonn	400	464
Der durchschnittliche Schichtlohn betrug dagegen im		
	II. Quartal 1914	IV. Quartal 1914
Oberbergamtsbezirk Halle	3,74 M.	3,73 M.
Vonn	4,25	4,20

Bei bedeutend erhöhter Leistung ist also der Verdienst noch gesunken. Wenn nun auch in diesem Jahre teilweise Teuerungszulagen von 20—50 Pf. pro Schicht gewährt wurden, so kann damit der Preisaufschlag angesichts der erheblichen Mehrleistung der Arbeiter nicht gerechtfertigt werden. Wir gehen absolut nicht fehl, wenn wir behaupten, daß die gewährten Teuerungszulagen durch die Mehrleistung mindestens aufgewogen werden. Im übrigen hat das Jahr 1914 ganz ansehnliche Gewinne gebracht, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist, wobei wir den Rohgewinn einstellen, weil die gezahlte Dividende angesichts der vorsichtigen Dividendenpolitik keine richtige Uebersicht ermöglicht. So betrug der Rohgewinn:

	1913	1914
Brudorf-Nieslebener Bergbauverein	828 412 M.	884 965 M. ¹⁾
Friedensgrube Neuselzow	86 036	83 826
Golpa-Zehny	141 218	171 914
Halleische Pfannschicht	1 012 737	1 226 384
Leipziger Braunkohlenerwerke	896 125	821 742
Priebitzer Braunkohlenerw.-Akt.-Ges.	412 192	424 246
Riebeckische Montanwerke	8 274 465	8 800 898
Weschen-Weißener Braunkohl.-Akt.-Ges.	2 320 256	2 785 104
Niederlausitzer Kohlenwerke	4 800 000	5 500 000

¹⁾ Reingewinn. ²⁾ Schluß des Geschäftsjahres 31. Dezember 1914. ³⁾ Schluß des Geschäftsjahres 31. März 1915.

Auch die gezahlten Dividenden bewegen sich durchaus auf ziemlichlicher Höhe, wie folgende Aufstellung beweist:

	Es zahlten für das Jahr 1914:
Bergeist Brühl	17 1/2 Proz.
Braunschweigische Kohlenwerke	12
Konfolidiertes Braunkohlenerw.	
Karoline	20
Eintracht (Neu-Weißow)	24
Darfler Kohlenwerke	10
Braunkohlenerw.-Abbauverein	14 auf Priorität
Zum Fortschritt (Neuselzow)	10 auf Stammakt.
Greppiner Werke	10
Ilse	26
Leopold (Edderitz)	7 1/2
Möncheberg (Hringhausen)	10
Robbergrube	14

Die Ueberschüsse ermöglichen den Werken ganz zweifellos, in etwas reicheren Maße den Forderungen der Bergarbeiter entgegenzukommen, wie es bis jetzt geschehen ist, ohne gleich das konsumierende Publikum mit Preiserhöhungen zu belasten.

Berlin und Umgegend.

Zum Gehilfenmangel im Friseurgewerbe.

Bei jeder Gelegenheit wird von den Unternehmerorganisationen der Gehilfenmangel im Friseurgewerbe geflüchtig betont. In der letzten Berliner Innungsversammlung wurde gar der Gehilfenmangel als Ursache dafür angegeben, daß ein großer Teil der Friseurgeschäfte geschlossen werden mußte. Und diese Darstellung wurde auch in die Tagespresse gebracht. Mit mindestens der gleichen Verdrängung könnte die Einstellung vieler Betriebe auf einen Mangel an Weistern zurückgeführt werden, und zwar in allen Fällen, wo vor dem Kriege gar kein Gehilfe beschäftigt wurde. In Wirklichkeit ist der Mangel sowohl an Weistern als auch an Gehilfen durch die Einberufungen zum Kriegsdienst entstanden. Die einseitige Betonung des Gehilfenmangels verleitet zu dem Schluß, daß noch viel mehr Gehilfen herangebildet werden müßten, obwohl in Friedenszeiten stets eine große Zahl stellungslöser Gehilfen vorhanden sind und weit mehr Friseurgehilfen da sind, als beschäftigt werden können. Wollten die Gehilfen aus dem gegenwärtigen Mangel an Weistern den Schluß ziehen, sich deshalb selbständig zu machen, so würde dies den Weistern so wenig gefallen, als es den Gehilfen gefällt, wenn fortgesetzt die jetzt verhältnismäßig große Nachfrage nach Friseurgehilfen auf einen allgemeinen Mangel an Friseurgehilfen, anstatt auf ihre wahre Ursache zurückgeführt wird.

Deutsches Reich.

Lohnforderungen der ober-schlesischen Metallarbeiter.

Die Metallarbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen in Oberschlesien hatten eine Eingabe an den Berg- und Hüttenmännischen Verein in Rattowitz gerichtet, in der sie eine allgemeine Lohn- und Akkordaufbesserung von 15—20 Proz. verlangten. Zunächst wurde vom Berg- und Hüttenmännischen Verein kurz mitgeteilt, daß die Eingabe der Organisationsvertreter „den in Frage kommenden Verwaltungen in Abschrift zugegangen ist, denen wir es überlassen müssen, ihrerseits dazu Stellung zu nehmen“. Zu dem Angebot der Arbeitervertreter, zu Verhandlungen bereit zu sein, äußerte sich das Schreiben nicht. Als nun bis Ende April von nennenswerten Zulagen nichts bekannt wurde, wandten sich die Organisationsleitungen der Arbeiterverbände an die einzelnen Unternehmer unter Einreichung einer nochmaligen Eingabe. Darauf folgten auch eine Reihe von Antworten, in denen

es aber übereinstimmend hieß, daß die gegenwärtigen Löhne durchaus „ausreichend“ seien und daß die Unternehmer die Löhne von selbst ausbessern würden, ohne das Dazwischentreten der Gewerkschaften“. Diese Lohnaufbesserungen seien allerdings etwas sonderbar aus, sie werden meist als „Regelmäßigkeitsprämie“ unter für die Arbeiterarbeit außerordentlich schweren Bedingungen gewährt. So zum Beispiel bestimmten einige Werke, daß die Prämie nur an die Arbeiter gewährt wird, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. Ohne genügende Entschuldigung darf keine Schicht verläßt werden. 2. Bei etwaiger Krankheit, wodurch eine Arbeitsunterbrechung erfolgt, muß eine entsprechende ärztliche Bescheinigung beigebracht werden. 3. Kein Arbeiter darf den Gehorsam verweigern, auch wenn er zu schwerer Ueberarbeit befohlen wird.

Es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die 27 Schichten im Monat gearbeitet hatten, diese „Regelmäßigkeitsprämie“ nicht erhielten. Auf eine Beschwerde darüber wurde von den Vorgesetzten erwidert: Das machen wir, wie wir wollen. In einem anderen Werke wurde die Gewährung der Zulage in das Belieben des Vorgesetzten gestellt und die Arbeiter, die nichts erhielten, auf die Mehrleistung von Ueberarbeit verwiesen. Andererseits soll zugegeben werden, daß einige Werke Zulagen von 10—40 Pf. für die Schicht gewährten, in der Hauptsache aber nur für die Arbeiter, die einen sehr geringen Lohn hatten.

Weil die Antwort der Unternehmer die Arbeiter keineswegs befriedigen konnte, wandten diese sich mit einer Eingabe an den Regierungspräsidenten in Dypeln. In der Eingabe wurde die Ursache und der bisherige Verlauf dieser Angelegenheit unter Beifügung der Eingabe an die Unternehmer kurz geschildert. Vom Regierungspräsidenten kam ein ablehnender Bescheid, in dem es hieß:

„... daß den Lohnverhältnissen der ober-schlesischen Fabriken und Hüttenwerken von mir und den sonst dazu berufenen Dienststellen andauernd große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Erst kürzlich — vor etwa fünf Wochen — habe ich indes aus dem mir unterbreiteten amtlichen Material einen Anlaß zu einem Eingreifen für eine allgemeine Aufbesserung dieser Löhne nicht entnehmen können, weil mir nachgewiesen wurde, daß tatsächlich von der weitaus überwiegenden Zahl der beteiligten Werke, deren Lohnverhältnisse übrigens in einzelnen ganz verschiednen liegen, dankenswerte Lohnsteigerungen bewilligt worden sind.“

Auch zurzeit bin ich im Begriff, erneut Feststellungen darüber herbeizuführen, ob der jetzige Stand der Löhne auf den einzelnen Werken den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Arbeiter entspricht und habe die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, mir nach örtlichen Ermittlungen zutreffende objektive Unterlagen so bald als möglich zur Prüfung zu unterbreiten.

Regierungspräsident v. Schwerin.
Die Organisationen werden nun selbst Feststellungen machen, um den Beweis zu erbringen, daß die Löhne, besonders in Rücksicht auf die Lebensmittelteuerung, einer Aufbesserung bedürfen.

Aus Industrie und Handel.

Regelung des Mehlhandels.

Berlin, 14. Juli. (W. Z. B.) Bei Einführung der Brotgetreideregulation wurde, um in der Uebergangszeit Störungen zu vermeiden, ein eingeschränkter Mehlhandel zugelassen. Für die Regelung im beginnenden Wirtschaftsjahr war diese Regelung nicht nötig, so daß hier jeder derartige Mehlhandel verboten ist; ein Kommunalverband darf dann Mehl nur innerhalb seines Bezirkes abgeben, der Mehlverkehr über die Grenzen eines Kommunalverbandes hinaus ist allein Sache der Reichsgetreidestelle. Diese Uebergangsvorschriften sind indessen je länger desto mehr dazu benutzt worden, einen Handel mit sogenanntem beslagnahmefreiem Mehl einzurichten, der nicht nur Mehl zu übertriebenen Preisen — Roggenmehl zu 70—80, Weizenmehl zu 90 bis 110 Mark oder noch höher — in den Verkehr gebracht, sondern auch die ganze Regelung der Mehlversorgung der deutschen Bevölkerung empfindlich beeinträchtigt und mancherort gestört hat. Der Reichsminister hat sich daher veranlaßt gesehen, die einschlägigen Vorschriften der alten Verordnung über den Mehlhandel schon jetzt aufzuheben. Die Besitzer von Mehlvorräten, die sie nicht von ihrem Kommunalverbande, von der Kriegsgetreideregulation oder von der Zentral-Einkaufsgesellschaft erhalten haben, werden daher gut tun, sie möglichst bald dem zuständigen Kommunalverbande anzubieten, zu dessen Gunsten sie nach der Verordnung vom 28. Juni 1915 am 16. August 1915 beschlagnahmt sein werden.

Deutschlands Finanzlage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Französische Illusionen.

Die „Daily News“ entnehmen in ihrer Nummer vom 30. Juni dem Pariser Blatt „L'Information“ einen Artikel des Herrn Maurice Straub, in welchem dieser Keuperungen wiederholt, die ihm gegenüber ein „Finanzmann aus der Umgebung des Herrn Behrens, Direktors der Dresdner Bank“ gelegentlich einer Unterhaltung in Berlin getan haben soll.

Die Keuperungen bringen eine sehr pessimistische Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zum Ausdruck. Das umlaufende Geld sei nur „fiktiv“. Des im Lande befindlichen Goldes habe sich die Regierung bemächtigt. Den Lieferanten sei eröffnet worden, daß sie ihr Geld bei der Reichsbank einzuzahlen hätten, wenn sie auf Regierungsaufträge rechnen wollten. Die Zeichnung auf die zweite Kriegsanleihe sei im Grunde nur eine Scheinzeichnung, da die Darlehensklassen auf jede Zeichnung einen Vorschuß von 90 Proz. leisteten. Wenn hiernach das Publikum 7 Milliarden gezeichnet habe, so bringe die Zeichnung in Wahrheit nur 700 Millionen. Wie lange werde sich dieses Spiel noch aufrecht erhalten lassen?

Sobiel Angaben, sobiel Unwahrheiten. Niemand hat die deutsche Regierung die Vergebung von Lieferungen an die Bedingung der Abgabe von Goldmünzen an die Reichsbank geknüpft, oder sonstige mittelbar oder unmittelbar die Lieferanten zur Abgabe von Goldmünzen veranlaßt. Richtig ist, daß der Goldschatz der Reichsbank während des Krieges eine ganz außerordentliche Verstärkung erfahren hat. Am 30. Juli 1914 stellte er sich auf 1253 Millionen Mark, am 7. Juli 1915 war er auf 2390 Millionen Mark, also um 1137 Millionen Mark gestiegen. Von dieser Vermehrung, die in England und Frankreich großes Aufsehen erregte und noch erregt, entfallen 205 Millionen auf die Ueberweisung des Reichskriegsschatzes. Der Rest wurde — abgesehen von einigen aus dem Ausland eingegangenen Beträgen — der Reichsbank freiwillig aus dem Verkehr im Umtausch gegen Reichsbanknoten zugeführt. Daß der in Deutschland befindliche Goldvorrat damit noch lange nicht erschöpft ist, ergibt sich klar aus den Woche für Woche fortwährenden Goldzuflüssen. Gerade der Umstand, daß während eines so ungeheuren Krieges die Verbeförderung ihre Goldmünzen freiwillig zur Zentralnotenbank trägt und dagegen Noten fordert — ein Vorgang, der in der Münz- und Bankgeschichte aller Länder und Völker ohne Beispiel da steht — liefert einen überzeugenden Beweis für die Vollwertigkeit und den unerschütterlichen Kredit der Reichsbanknoten.

Die zweite Kriegsanleihe ist in die Höhe von mehr als neun Milliarden Mark gezeichnet worden. Zum Zwecke der Einzahlung auf diese Anleihe konnten Darlehen bei den Reichsdarlehensstellen entnommen werden, aber nur gegen Verpfändung anderweitiger Effekten oder solcher Kriegsanleihe, die bereits vor der Dar-

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 274 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Inspektion der technischen Institute der Infanterie.

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3. und 5. Garde-Regiment

zu Fuß; 2. Garde-Reserve-Regiment; Garde-Rüflier-Regiment.

Genadier- bzw. Infanterie- bzw. Rüstler-Regiment Nr. 2, 4,

6, 7, 9, 10, 11, 12, 15, 16, 17, 28, 30, 32, 33, 34, 36, 38, 40, 41,

50, 51, 53, 54, 55, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 68, 70, 72 bis einschl. 77,

79, 83, 85, 86, 88, 91, 93, 96, 97, 99, 112, 113, 118, 129, 131,

132, 135, 138, 140, 141, 144, 146, 147, 150, 157, 161, 164, 165,

168, 169, 171, 174, 175, 336 und Infanterie-Regiment Rung.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 5, 6, 7, 8, 12, 20, 21, 24, 26,

31, 35, 36, 38, 56, 59, 61, 67, 69, 71, 72, 77, 81, 82, 83, 87, 91,

99, 116, 118, 203, 204, 214, 215, 221, 223, 225, 228, 232, 234,

240, 253, 256, 257, 258, 263, 268, 267, 268, 272. Erjag-Infanterie-

Regiment Nr. 28 und v. Ruhbaum. Landwehr-Infanterie-Regi-

menter Nr. 2, 4, 9 (f. Landw.-Inf.-Reg. Tich.), 13, 19 (f. Erf.-Inf.-

Reg. v. Ruhbaum), 26, 37, 46, 48, 51, 53, 65, 76 und Tich. Land-

wehr-Erjag-Infanterie-Regiment Nr. 1. Brigade-Erjag-Bataillon:

2. Nr. 5, Nr. 7, 16, 28, 30, 36. Landwehr-Brigade-Erjag-Bataillon

Nr. 27 (f. Landw.-Erjag-Inf.-Reg. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-

Bataillone 1. Brandenburg, Geldern, II Ologau, I Hannover,

Lauban (f. Inf.-Reg. Nr. 336), Molsheim (f. Inf.-Reg. Rung),

II Reiche, I Reuf, Cappel, I Sperode, 2. Landsturm-Infanterie-

Erjag-Bataillon des 20. Armeekorps. Garnison-Bataillon Nr. 1

Grandenburg, Jäger-Bataillone Nr. 6, 14; Reserve-Bataillon Nr. 20.

Maschinengewehr-Abteilung Nr. 5; Maschinengewehr-Gruppe

Nr. 17; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 94 (f. Inf.-Reg. Nr. 16),

117 (f. Gren.-Reg. Nr. 7), 120 (f. Inf.-Reg. Nr. 70), 133 (f. Gren.-

Reg. Nr. 7), 143 (f. Landw.-Reg. Nr. 26), 146 (f. Brig.-Erjag-Bat.

Nr. 7); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 2 und 11;

Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4; Gebirgs-

Maschinengewehr-Abteilung Nr. 203.

Kavallerie: Kürassiere Nr. 2; Schwere Reserve-Reiter Nr. 3;

Dragoner Nr. 16, 21; Husaren Nr. 2, 12, 14; Mlanen Nr. 2, 3;

Reserve-Mlanen Nr. 2, 4; Jäger zu Pferde Nr. 13; Landwehr-Regi-

ment Nr. 2; 2. Landwehr-Esadrone des Gardekorps, des 1. sowie

des 8. Armeekorps; Reserve-Abteilung Nr. 47.

Feldartillerie: 3. Garde-Regiment; Regiment Nr. 2, 3, 11,

18, 20, 22, 27, 33, 34, 42, 44, 50, 56, 66, 69, 70, 75, 111, 112;

Reserve-Regiment Nr. 25, 36, 56.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment (f. auch Ref.-Ruhart.-Bat.

Nr. 21); Regiment Nr. 3, 6, 11, 13; Reserve-Regiment Nr. 2,

20, 23; Bataillone Nr. 50 und 52; Reserve-Bataillone Nr. 21 und 39;

Schwere Feld-Haubitz-Batterie Nr. 215.

Pioniere: Regiment Nr. 20, 23, 25, 29, 31, 35; Bataillone:

II. Nr. 1, I. Nr. 3, I. Nr. 5, I. Nr. 6, I. und II. Nr. 10, II. Nr. 11,

I. und II. Nr. 15, I. und III. Nr. 16, I. Nr. 27; Erjag-Bataillone

Nr. 10 und 21; 1. Landwehr-Kompagnie des 2. und 1. Landsturm-

Kompagnie des 7. Armeekorps. Mittlere Minenwerfer-Abteilungen

Nr. 113 und 126; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 18.

Verfehrstruppen: Fernspreich-Abteilung des 10. Armeekorps;

Gebirgs-Fernspreich-Abteilung Nr. 29. Feldluftschifftruppe.

Kraftwagenpark des Großen Hauptquartiers; Clappen-Kraftwagen-

park Nr. 7.

Train: Garde-Landwehr-Train. Etappen-Fuhrparkkolonnen

Nr. 3 der 4. Armee-Inspektion und Nr. 11. Pferdelaqarett des

1. Reservekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 58. Reserve-

Feldlaqarett Nr. 68 und 118; Arzqlaqarett Nr. 52.

Reserve-Bekleidungsamt des 3. Armeekorps.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 169 bringt Verluste der

Infanterie-Regiment Nr. 100, 105, 134; Reserve-Infanterie-

Regiment Nr. 106; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 100,

104; Pionier-Bataillone: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12, 22; 1. Erjag-

Kompagnie des 1. Pionier-Bataillons Nr. 12, 1. Erjag-Kompagnie

des 2. Pionier-Bataillons Nr. 22; Pionier-Kompagnie Nr. 115;

Reserve-Pionier-Kompagnie Nr. 54; Landwehr-Pionier-Komp.

des 14. Armeekorps; 2. Landsturm-Pionier-Kompagnie des

12. Armeekorps; 3. Landsturm-Pionier-Kompagnie des 19. Armee-

korps; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 104; Schwere Minen-

werfer-Abteilung Nr. 12.

Die württembergische Verlustliste Nr. 218 enthält Ver-

luste der 52. Reserve-Infanterie-Brigade, Stab; Brigade-Erjag-

Bataillon Nr. 52; Grenadier-Regiment Nr. 119; Infanterie-Reg.

Nr. 121; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 123; Infanterie-

Regiment Nr. 124, 125, 126; Landwehr-Infanterie-Regiment

Nr. 126; Infanterie-Regiment Nr. 180; Mlanen-Regiment Nr. 20;

Feldartillerie-Regiment Nr. 13; 2. Reserve-Pionier-Kompagnie;

2. Landwehr-Pionier-Kompagnie; Verluste durch Krankheiten;

Berichtungen früherer Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 37 der Kaiserlichen Marine wird

veröffentlicht.

Aus Groß-Berlin. Erneute Kartoffelknappheit.

Es ist noch nicht lange her, daß wir über Kartoffelüberschuß berichten mußten, nachdem im Februar große Kartoffelknappheit geherrscht hatte. Es hatte sich herausgestellt, daß Kartoffeln so reichlich vorhanden waren, daß die Gemeinden, die Kartoffeln in großen Mengen angekauft hatten, mit den Preisen erheblich herabgehen mußten und daß trotzdem die Kartoffeln in nicht genügendem Maße Absatz fanden. Jetzt kommen aus Berlin Nachrichten, daß wiederum Kartoffelknappheit herrscht, soweit alte Kartoffeln in Frage kommen und daß die Preise für neue Kartoffeln in unerhörter Weise anziehen. Es werden für neue Kartoffeln im Detailhandel für 5 Pfd. bereits 75 Pf. verlangt, wogegen alte Kartoffeln kaum zu erhalten seien. Soweit das der Fall sei, seien diese alten Kartoffeln vielfach schlecht, daß der Abgang außerordentlich groß sei. Aus Moabit klagte ein Leser, daß seit einer Woche es ihm unmöglich sei, alte Kartoffeln zu erhalten. Am Dienstagabend sei er um 6 Uhr in der Markthalle in Moabit gewesen. Ungefähr 100 Frauen hätten sich um einen Stand geschart, wo es Kartoffeln gab, aber es waren nur neue Kartoffeln vorhanden, für die für 10 Pfund 1,50 M. verlangt wurden. Die Frauen waren empört über diese Preise, die für Arbeiterfamilien unerträglich genannt werden müssen. Der städtische Kartoffelverkauf sei geschlossen gewesen. Diese Mitteilungen werden durch andere ähnlich lautende ergänzt und es wird die Frage aufgeworfen, wo denn die großen Mengen städtischer Kartoffeln geblieben seien, die bis vor kurzem noch vorhanden waren.

Was die letzte Frage betrifft, so wird vielleicht der Magistrat sich noch öffentlich äußern, inwieweit er noch Kartoffeln abgeben kann.

So weit es sich aber um die erneuten Preistreiberien auf dem Kartoffelmarkt handelt, wird in der Tat die öffentliche Aufmerksamkeit von neuem auf diese Erscheinung gelenkt

werden müssen. Es muß Vorkehrung getroffen werden, daß das Publikum vor unberechtigt hohen Kartoffelpreisen geschützt wird.

Wie wir hören, werden in verschiedenen Vororten von Gemeinden alte Kartoffeln zu annehmbaren Preisen nach wie vor abgegeben.

Nochmals der städtische Gefrierfleischverkauf.

Uns wird geschrieben:

Vor einigen Tagen wies der „Vorwärts“ darauf hin, daß die Preise für das städtische Gefrierfleisch viel zu hoch seien und daß der städtische Fleischverkauf den Charakter einer Koststandsaktion verliert, wenn die städtischen Preise nicht viel unter den üblichen Marktpreisen stehen, die für frisches Schweinefleisch in Geltung sind. Durch Vergleichszahlen wurde nachgewiesen, daß in den Fleischwarenhandlungen einzelne Fleischsorten sogar niedriger im Preis stehen als bei der Stadt Berlin.

Unter diesen ist der Verkauf des städtischen Gefrierfleisches vor sich gegangen. Die Qualität des Fleisches war zuerst nur eine geringe, stammte von leichten, unreifen Schweinen, so daß die Verkäufer die Nachfrage nach Rücken fett gar nicht befriedigen konnten, weil die gelieferten Schweine dazu nicht geeignet waren. Bei der nachfolgenden Fleischausgabe ist die Qualität zwar eine bessere geworden, aber die Preise sind eben zu hoch, so daß der Umsatz in den Verkaufsstellen nur gering ist. Beim zweiten Ausgabe tag waren von 145 Fleischern, die den Verkauf übernommen haben, nur noch 70 Meister erschienen, weil der geringe Umsatz und die erschwerenden Bestimmungen des Magistrats (sie dürfen an den Verkaufstagen frisches Schweinefleisch nicht führen) die Fleischmeister von dem Verkauf zurückhält. So meldet wenigstens die „Allgemeine Fleischzeitung“, die eine Umfrage bei diesen Meistern veranstaltet hat. Geklagt wurde dabei, daß die Anordnung des Magistrats, daß nur ein halbes Pfund zweimal in der Woche abgegeben werden darf, einerlei, welche Fleischteile gekauft werden, ob Spitzbeine oder Schinken, den Kauf des Gefrierfleisches ebenfalls beeinträchtigt. Die Anordnungen haben sich in der Praxis nicht bewährt. Auch sei die Ausgabe der Fleischkarten zu unständig und erfordere größeren Zeitverlust, was bei der arbeitenden Bevölkerung die Sache erschwere.

Der Wunsch muß deshalb erneut ausgesprochen werden, daß der Magistrat zu der Herabsetzung der Preise für das städtische Gefrierfleisch baldigst Stellung nimmt, damit dem Magistrat das Vertrauen der Bevölkerung zu den Koststandsaktionen erhalten bleibt, die er auf anderen Gebieten in nachahmungswürdiger Weise durchgeführt hat.

Jahresabluß der städtischen Sparkasse.

Die Gesamteinnahmen betragen Ende März 1915 — 362 820 316,95 Mark. Es sind im letzten Jahre trotz des Krieges 17 593 268,19 M. mehr eingezahlt als abgehoben worden, wenn von der Zinsanspruchnahme durch die Kriegsanleihe abgesehen wird. Die Anzahl der Sparbücher ist von 761 116 auf 776 736, also um 15 620 Stück gestiegen. Zur ersten Kriegsanleihe sind rund 18 Millionen, zur zweiten rund 35 Millionen von der Berliner Sparkasse beigesteuert worden, insgesamt rund 53 Millionen. An Zinsen sind den Sparern 12 844 428,40 M. gutgeschrieben worden gegen 10 485 184,89 M. im Vorjahr. Der Zinssfuß ist beträchtlich auf 3 1/2 Proz. erhöht worden. Die Erhöhung hat demnach den Sparern eine Mehreinnahme von rund 2 Millionen Mark gebracht. Der Ueberfluß der städtischen Sparkasse im Geschäftsjahr 1914/15 beträgt 1 675 487,98 M. Im Reservefonds befinden sich 16 189 416,43 M., das sind 4,16 Proz. der gesamten Spareinnahmen. Im Vorjahr waren es 4,2 Proz.

Bei der Auszahlung der Unterstützungen für Kriegerfamilien war es in manchen Steuerkassenzirken an den Auszahlungsstellen als recht lästig empfunden worden, daß zeitweise ein übergroßer Andrang herrschte. Kriegerfrauen mußten mitunter Stunden hindurch stehen und ausharren, ehe sie herankamen, und auch an Ohnmachtsfällen fehlte es unter den Wartenden nicht. Die Uebelstände sind inzwischen dadurch gemildert worden, daß man mehr Auszahlungstage angelegt hat, so daß die Unterstützungsberechtigten sich besser verteilen. Eine weitere Minderung der Auszahlungstage kann wünschenswert scheinen, aber jederzeit eine sofortige Abfertigung zu gewährleisten, dürfte kaum möglich sein. Unterstützungs berechtigte, für die wegen Zeitmangel oder wegen Kranklichkeit der Gang zur Auszahlungsstelle eine besondere Last ist, sollten die Abholung des Geldes einer bevollmächtigten Person übertragen. Hierzu bedarf es einer Vollmachterteilung, die vom Bezirksvorsteher oder von der Polizei beglaubigt sein muß. Vollmachtsformulare sind an den Auszahlungsstellen kostenlos zu haben.

Zur Beachtung für Kassenmitglieder!

Folgender Fall, der durchaus nicht vereinzelt dasteht, veranlaßt uns, unsere Leser zu ersuchen, bei Zinsanspruchnahme der Hilfe von Ärzten sehr vorsichtig zu sein.

Namhafte Ärzte, Spezialärzte, die auf Grund ihres Namens eine ausgedehnte Praxis haben, sind nebenbei noch Kassenärzte. Da dadurch die Zahl der zu behandelnden Personen noch größer wird, wird die Behandlung Assistenzärzten überlassen, der Chef sieht ab und zu mal nach dem Rechten.

Dieses ist ein Uebelstand, denn das Kassenmitglied wird nun nicht von dem von ihm mit seinem Vertrauen bedachten Arzt, sondern eben von einem anderen jüngeren Arzt behandelt, der sich erst zum Teil in die Praxis einarbeiten soll. Sind mit dieser Sonderbehandlung Kosten für das Kassenmitglied nicht verbunden — und das soll es nicht sein — mag es noch hingehen. Anders liegt aber der Fall, wenn durch diese Sonderbehandlung dem Kassenmitgliede Kosten bereitet werden.

Die Halzerin D. ist Mitglied der besonderen Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe. Infolge eines Augenleidens mußte sie sich in ärztliche Behandlung begeben. Auf Grund des Krankenscheins begab sie sich in Behandlung des Herrn Prof. Dr. S. nach mehreren Tagen wurde ihr eröffnet, daß eine Operation notwendig sei. Diese Operation würde nach eigener Methode der Assistenzarzt Herr Dr. B. vornehmen. Derselbe erklärte der D., daß diese Operation aber — da er nicht Kassenarzt sei — besonders bezahlt werden müßte. Nachdem erst ein höherer Betrag gefordert war, erklärte Herr Dr. B. sich mit der Zahlung von 40 M. einverstanden.

In ihrer Angst und Verzweiflung wurde dann von der D. am nächsten Tage die Zustimmung gegeben. Die Kasse zahlte die Kosten für die Aufnahme der D. in die Klinik, Fräulein D. mußte die 40 M. besonders zahlen. In ihrer Hoffnung, die Kasse würde ihr den Betrag ersetzen, sah sie sich getäuscht. Die Krankenkasse hatte ohne Zweifel ihre Leistungen erfüllt, die Kosten der Klinik über-

nommen, die Behandlung dem Kassenarzt Herrn Dr. S. übertragen. Trotzdem mußte die Erkrankte die 40 M. aus ihrer Tasche zahlen. Nach mehrfachen Verhandlungen erklärte sich Dr. B. auf Veranlassung des Herrn Prof. Dr. S. bereit, 20 M. zurückzuzahlen, und zahlte auch diesen Betrag an Fr. D.

Da uns bereits mehrere derartige Fälle vorgebracht wurden, sehen wir uns veranlaßt, diesen zu besprechen mit der Aufforderung an die Kassenmitglieder, die Zahlung jedweden Extrahonorars zu verweigern. Die Kassen sind nicht verpflichtet, derartige Kosten zu ersetzen. Wohl aber sind die Ärzte, soweit sie als Kassenärzte im Betrag kommen, verpflichtet, den Kassenmitgliedern — für diese ohne besondere Kosten — die erforderliche Behandlung, zu der auch event. Operationen gehören, angedeihen zu lassen.

Die Kassenvorstände würden im Interesse ihrer Mitglieder handeln, wenn sie beim Vertragsabschluß mit den Ärzten, besonders mit Spezialärzten, den Postus in den Vertrag aufnehmen, daß den Mitgliedern irgendwelche besondere Kosten, durch Ueberweisung an einen anderen oder an einen Assistenzarzt nicht erwachsen dürfen. Diese Bestimmung erscheint um so notwendiger, als es sich doch bei den Kassenmitgliedern um Angehörige der minderbemittelten Klasse handelt.

Die Abholung der Speisereste aus den einzelnen Häusern läßt je länger je mehr zu wünschen übrig. Die Klagen häufen sich, daß die gesamten Speisereste dem Verderben ausgeliefert sind und üble Gerüche verbreiten.

Der Neuhmord an der Büdnerstr. Witt in Schmachtenhagen ist noch nicht aufgeklärt. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden bereits mehrere Männer verhaftet und den Leuten, die den Mörder vor der Tat in der Nähe des Tatortes gesehen haben, gegenübergestellt. Sie wurden zum Teil gleich wieder entlassen. Bemerkenswert ist die nachträgliche Feststellung, daß der Mörder der Ermordeten auch eine Uhr geraubt hat. Es ist das eine kleine goldene Damenuhr mit weißem Zifferblatt, schwarzem Zeiger und deutschen Ziffern. Sie hat keinen Sekundenzähler. Hinten auf dem Deckel trägt sie eine Zifferierung, die eine aufgehende Sonne mit Strahlen oder vielleicht auch eine von Strahlen umgebene Blume darstellt. Frau Witt trug diese Uhr in einer Kapsel, die nicht näher beschreiben werden kann, an einer schwarzen Schnur. Ein Stück dieser Schnur wurde bei der Leiche noch gefunden. Der Mörder hat also, als er sein Opfer beraubte, so stark an der Schnur gezerrt, daß sie riß. Er wird nun ohne Zweifel versuchen, diese Werte zu Geld zu machen, wenn er dies nicht schon getan hat. Derjenige, dem er sie veräußert hat oder noch anbieten wird, kann sich um die Untersuchung sehr verdient machen, wenn er sich sofort bei dem Amtsgerichtsrat Brüggemann in Kranienburg meldet. Derselben würde ohne Zweifel ein Teil der Belohnung von 1000 M. zufallen. Abgesehen von den bereits erwähnten Kennzeichen ist noch besonders darauf zu achten, daß die kleine Uhr in Kranienburg einmal ausgebessert worden ist. Sie trägt deshalb auf der Innenseite des Deckels das Reparaturzeichen P. 540, das der Uhrmacher angebracht hat.

Ein Wein abgefahren wurde in der vergangenen Nacht einem Streckenaufsicher auf den Eisenbahngleisen zwischen der Friedrichstraße und dem Lehrter Bahnhof. Auf einen Zug achtend, überfuhr er, daß auf dem Nebengleise ein zweiter aus der entgegengesetzten Richtung kam. Als er nun auf die Seite trat, geriet er unter die Maschine des zweiten Zuges, die ihm ein Bein abquetschte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Der Wassergehalt der Butter. Eine Verkäuferin, die im Buttergeschäft Beschäftigung in der Brandenburger Straße zu Potsdam angetreten ist, wurde dafür verantwortlich gemacht, daß bei einigen Butterproben ein Wassergehalt von 16,00—18,2 Proz. festgestellt worden ist. Sie wurde unter Vorlage gestellt und auch vom Potsdamer Schöffengericht wegen Nahrungsmittelverfälschung verurteilt. Im Verurteilungstermin behauptete die Angeklagte mit Erfolg, daß sie weder aus ihrem Kontrakt noch aus sonstiger Tätigkeit heraus für die Beschaffenheit der Ware einzustehen habe, da sie zu Proben nicht berechtigt sei. Der Inhaber des Geschäftes versicherte, daß die Butter so verkauft würde, wie er sie beim Lieferanten bestellt und geliefert erhält. Dort fänden chemische Untersuchungen statt. Die Potsdamer Strafkammer hob das erste Urteil von 5 M. auf und sprach die Angeklagte frei.

Feuer im „Rheingold“.

Mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehrr wurden gestern früh nach dem Restaurant „Rheingold“, Potsdamer Platz, alarmiert. Als die Züge an der Brandstelle anlangen, fanden dort in den Kellereien an der Bellevuestr. 19/20 und Potsdamer Str. 3 eine Menge Rifen, Verpackungsmaterial, Hausrat, Türen, Fenster und andere Immobilien in solcher Ausdehnung in Flammen, daß Brandinspektor Lehboldt unvorzüglich von beiden Seiten mit mehreren Schlauchleitungen von Dampf- und Motorspritzen angreifen ließ. Nach einfündigem kräftigen Wasserergeben war die Gefahr beseitigt. Ein großer Teil des Kellers ist ausgebrannt. Der Betrieb von „Rheingold“ soll nicht gestört sein. Die Entstehung des Brandes war infolge der Ausdehnung der Brandstelle nicht mehr einwandfrei festzustellen.

Gleichzeitig mußte ein größerer Dachstuhl- und Bodenbrand in der Ballner-Theater-Str. 4 gelöscht werden, der erst gemeldet wurde, als die Flammen schon aus dem Dache emporloderten.

Ueber die Gefahren des Ertrinkens im Freibad des Tegeler Sees.

geradeüber der Insel Scharfenberg wird uns von einem Leser folgende beachtenswerte Auidarstellung mit der Bitte um Veröffentlichung überhandt: Als langjähriger Besucher des Tegeler Sees glaube ich annehmen zu können, daß es für den Norden von Berlin keinen schöneren und billigeren Ausflugsort gibt, als den Tegeler See und seine Umgebung. Williger natürlich nur insofern, was das Fahrgehd anbelangt. Da uns der Krieg so manche Beidränkling auferlegt hat, so beschloß ich, meine Ferienzeit an den Ufern desselben zu verleben.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, ist kurz vor der Spitze Ede, geradeüber der Insel Scharfenberg, eine ca. 250 Meter lange Strecke des Sees als sogenanntes Freibad freigegeben worden. Wie angenehm das für diejenigen ist, die sich bei einem Bade in freier Natur erholen wollen, davon zeugt der starke Besuch, nicht nur an den Sonntagen, sondern gerade jetzt in der Ferienzeit auch an den Wochentagen. Wie nur jedes Wasser während der Badesaison seine Opfer fordert, so auch hier an dieser erlaubten Stelle. Das scheint man auch schon eingesehen zu haben, denn die Stationierung einer Samariterkolonne des Sonntags beweist es. Und so mancher Badegast hat sein Leben diesen mutigen und beherzten Männern zu verdanken. Wie schwierig das Rettungswerk mitunter ist, hat mir der letzte Sonntag bewiesen. Nur mit Mühe und Not konnten wir zwei sich fest umklammernde Frauen dem sicheren Tode entreißen, nachdem sich auf meine Hilferufe mehrere Männer die Hand reichten und uns so aus den Fluten zogen. Unwillkürlich muß man sich fragen: Wenn schon eine Samariterkolonne dort stationiert wird, warum ist dann nicht auch ein Rettungsring oder Ball oder wenigstens eine Stange vorhanden? Wäre bloß das letztere der Fall, so hätte ich nicht in nasser Kleidung den Heimweg antreten und außerdem noch sonstigen Schäden erleiden

Aus aller Welt.

Das Ding beim rechten Namen nennen!

In Nürnberg wollte der Kriegsausgleich für Konsumenten-interessen seine Versammlungen gegen den Lebensmittelwucher durch Plakate öffentlich bekanntgeben mit der Überschrift „Gegen den Lebensmittelwucher“. Die Polizei verbot diese Plakalierung. Das stellvertretende Generalkommando aber, das man anrief, entschied kurz und bündig, die Überschrift „Gegen den Lebensmittelwucher“ muß bleiben, denn sie ist angebracht. Tags darauf ließen die von der Polizei verbotenen Plakate an allen Säulen.

Das in Frage kommende Generalkommando hat bekanntlich ebenso wie die übrigen bayerischen Generalkommandos Strafandrohungen gegen die Lebensmittelwucherer erlassen.

Der Esel von Tscheschme.

Wie die türkische Zeitung „Köklü“ in Smyrna berichtet, wurden bei der Beschießung von Tscheschme durch die Engländer, bei der, abgesehen von einem Materialschaden, eine Frau getötet und ein kleines Mädchen verwundet wurde, dem Esel des Feuernehmers Halil Effendi mit seltener Geschicklichkeit beide Ohren vom Kopf geschossen. Der Esel ist jetzt zu einer Sehenswürdigkeit geworden; alle Welt strömt nach dem Hause Halils, um — gegen ein angemessenes Eintrittsgeld — den Esel zu bewundern, den die englischen Geschosse seines schönsten Schmuckes beraubt haben.

Parteiveranstaltungen.

Ausflug der Abend-Teilnehmerinnen des zweiten Kreises (Süd) am Freitag, den 16. Juli, nach dem Lokal von Ludwig, Köppler Landstraße. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 18. Juli, findet ein Familien-Ausflug nach Pörschitz statt.

Schönau bei Jegerndorf. Am Sonnabend, 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Damerow der Jahlabend statt.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 15 des siebenenten Jahrganges heben wir hervor: Die Felle in unserer Jugendbewegung. Von H. Weimann. — Die Biologie des Krieges. Von Kurt Biging. (Schluß.) — Menschen. Von Karl Klomsh. — Der Gardasee. Eine Kellereinerinnerung von H. A. (Mit Abbildungen.) — Wein Eintritt in die Literatur. Von August Winning. — Brief aus dem Feld. — Der Sprachführer. Von Fritz Müller. — Aus der Jugendbewegung.

Belgians Vergangenheit und Gegenwart. Von R. Lampe. 1,50 M. — H. G. Teubner, Leipzig.

Was heißt „Liebt eure Feinde“? Von Th. Viri. 40 Pf. — **Christenglaube im Kriege.** Von R. Rede. 1,20 M. — Verlag der „Christlichen Welt“ in Nürnberg a. V.

Leben nach dem Tode? Von Prof. Dr. E. Hoppe. 60 Pf. — **Kriegsleben eines ohrenheiliger Pfarrer.** Gesammelt und herausgegeben von Pfarrer E. Roszeit. 1. Bd. 3 M., gebd. 4 M. — Verlag: E. Ruge, Berlin-Wilhelmsfelde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Poststempel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Zeitliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsanmeldung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Sachverhalte und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

2. 69. Verlaßt einzelner Mitglieder der Jünger; Landturmpflichtig. — **2. 53.** Wir empfehlen, Beschwerde beim Landrat einzulegen. Die staatliche Unterstützung beträgt monatlich 6 M.; dazu kommt eventuelle der kommunale Zuschlag. — **2. 50.** Diese Reklamationen gehören zu den baulichen Veränderungen; Sie müssen sie sich laut Mietvertrag gefallen lassen. — **2. 51.** Sie können die Forderung nur eintragen und eventuell auf das Gehalt des Schuldners, soweit es 3000 M. jährlich übersteigt, pfänden lassen. — **2. 5. 1001.** Der Antrag kam unter Einwirkung der Aufrechnungsbeihilgen beim Versicherungsamt in Neudörfen persönlich gestellt werden. — **2. 5.** Wegen die Entscheidung des Gerichts wird ihm nichts machen lassen. — **2. 5. 6.** Beiträge werden nicht zurück-erstattet. Rente bekommen Sie auf Grund der Versicherung Ihres Mannes nur, wenn Sie selbst invalide sind. Für Kinder wird dagegen ohne Bedingung eine Rente gezahlt. — **2. 6. 90. II. 3. 6. 2a.** — **2. 6. 15.** Kriegsgelangen-Bureau des Roten Kreuzes in Völsburg; Porto braucht nicht beigefügt zu werden. Die Frau hat Anspruch auf Wohnung; Antrag ist an das Detachementkommando des Regiments zu richten, von dem der Kriegsgelangen eingezogen wurde. — **2. 68.** Verzeihen; dienstunfähig und heranzug; landturmpflichtig. — **2. 5. 2.** Sie müssen beim zuständigen Amtsgericht Ihre Austrittserklärung schriftlich abgeben und dann innerhalb einer vom Gericht bestimmten Zeit die Erklärung persönlich vor dem Amtsgericht abgeben. — **2. 15. 1.** Die Witwe erhält, wenn sie selbst invalide ist, eine Witwenrente; Kinder erhalten die Halbwaisenrente. 2. Die Frage ist unerschiedlich. 3. Ja. — **2. 5. 70. 1. Ja. 2.** Die Mutter könnte auf Grund des Schuldscheins klagen und dann pfänden. 3. Soweit er 2000 Mark jährlich übersteigt. 4. Nein. — **2. 6. 1885.** Staatliche Betriebe unterliegen nicht der Steuerbescheinigung. — **2. 5. 17.** Da Ihr Gehaltseinkommen über 900 Mark beträgt, sind Sie steuerpflichtig. — **2. 5. 2.** Das heißt: nicht unanfechtbar. — **2. 5. 21.** Lungenerkrankung; dienstunfähig. Eine Entlassung wird sicher nicht mehr erfolgen. — **2. 5. 28. 1.** Das entscheidet der Militärarzt. 2. Nein. 3. Es kann Ihnen eine Krankenrente von der 27. Woche der Erkrankung an gewährt werden. Auf Ihren Antrag kann die Landesversicherungsanstalt ein Heilverfahren für Sie einleiten. — **2. 1884. 1. und 2. 2. 3. Ja. — 2. 5. 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.**

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion (unter dem Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Düne Verbindlichkeit.) Mittwoch, 14. Juli 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Tafelfleisch Ia 110—122, da. Ia 95—110, da. IIIa 85—95; Bullenfleisch Ia 100—110, da. IIa 85—100; Schweinefleisch Ia 100—110, da. IIa 85—100; Kalbfleisch Ia 110—120, da. IIa 100—110; Kalber ger. gen. 70—90, da. Dan. 00—00, da. holl. 00—00. Hammelfleisch: Hammelfleisch 125—132; Hammel Ia 115—124, da. IIa 105—114; Schaf 105—115; Schaf 95—100; Schweinefleisch, Schweine, fette 00—00, sonstige 120—155, dan. Sauren 00—00, dan. Schweine 115—120, da. Schweinefleisch 115—120, da. holländische 00—00. Gemüse: Kartoffeln, rote 50 kg 9—12, weiße Kaisertröten 11—12, Wagdeburger, blaue 11—13,50. Sellerie 2,40—3,20. Weißkohl 1,50—1,80. Rotkohl, 1,50—1,80. Birnkohl, 1,50—1,80. Kohlrabi, 1,50—1,80. Porree, 1,50—1,80. Spinat 50 kg 15,00—20,00. Meerrettich, 1,50—2,00. Petersilienwurzel, 1,50—2,00. Schodband 4,00—6,00. Radieschen, Schodband 1,25—1,50. Gurken, Gorgonier, 100 Stück 0,00; Radieschen, Hamb. 100 Bund 0,00—0,00, dito tiefer 100 Bund 4,50. Tomaten, Gorgonier, 80 kg 60,00 bis 65,00. Zwiebeln, neue 50 kg 22—25. Salat, 2,00—4,50. Rettiche, bayerische, 100 Stück 10—15. Kohlrabi, 1,50—2,00. Schoten, bayerische, 50 kg 25,00—30,00. Kohlrabi, Schodband 4,00—4,50. grüne Bohnen, 50 kg 95,00—35,00. Wurzbohnen 50 kg 7,00—10,00. Wurzbohnen 50 kg 35—40. Dill und Estragon: Dill, bayerische 50 kg 10,00—20,00, da. sächsische 50 kg 6,00—14,00. Pfeffer, bayerische Knupper 50 kg 25,00—35,00, da. saure 50 kg 22,00—40,00. Pfeffer, 50 kg 12—17. Äpfel, amerikaner, Räte 25—30. Stachelbeeren, reife 50 kg 15—20. Johannisbeeren 50 kg 15—20. Blaubeeren 50 kg 30,00—35,00. Erdbeeren 50 kg 25—30, da. Berliner 00—00, da. holl. 50 kg 38 bis 43. Himbeeren 50 kg 55—65. Zitronen: Messina 800 Stück 26—32, da. 360 Stück 23—29, da. 150 Stück 12—14, da. 50 kg 12—15, da. 100—200 Räte 18—19.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag. Zunächst östwärts fortschreitende Gewitter, welches heiter, aber veränderlich; später im Westen, dann auch östlich der Ober- und Zunahme der Bevölkerung und reichliche Gewitter.

Tausendmarktschein beilegen und den Zweck des Geldes darin auszuweisen. Nun sei er nach der Bank gegangen, habe den dort erhobenen Tausendmarktschein dem Briefe an den Major beigelegt, ohne daran zu denken, daß die Frau den Brief noch gar nicht geöffnet hätte. Er sei ganz entsetzt gewesen, als am nächsten Abend ihn seine Frau darüber aufklärte. Er sei sofort mit seiner Ehefrau in einem Auto nach Spandau gefahren, habe trotz der späten Stunde noch den Major Kolb angetroffen, habe diesem mitteilen wollen, daß ein bedauerlicher Irrtum vorliege, der Major habe sich aber auf weitere Gespräche nicht eingelassen, sondern ihn an die vorgelegte Behörde verwiesen.

Die Strafkammer hatte den Angeklagten auf Grund dieses Tatbestandes seinerzeit zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt, das Reichsgericht aber hatte das Urteil aus formalen Gründen aufgehoben.

Nach umfangreicher Beweishebung beantragte der Staatsanwalt im geizigen Termin wieder eine Geldstrafe von 1500 M., da er keinen Zweifel hatte, daß der Angeklagte die Absicht hatte, auf die Entschädigungen des Majors Kolb einzuwirken. Rechtsanwält Dr. Alsborg und Geh. Justizrat Friedmann hielten dagegen die Darstellung des Angeklagten für durchaus glaubhaft und beantragten die Freisprechung, wobei sie sich auf mehrere vernommene Zeugen beriefen, daß diesen gegenüber der Angeklagte wiederholt seine Pflicht betont habe, eine größere Summe für wohltätige Zwecke darzubringen und den Soldaten ein Teil von dem wieder zur Verfügung zu stellen, was er an Meereslieferungen verdiene. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Bestechung wieder zu 1500 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis und verfügte die Einziehung des Tausendmarktscheins.

Eine kaum glaubliche Gefühllosigkeit.

Eine brutale Mutter, die ihre drei Kinder in der unmenschlichsten Weise behandelt hatte, wurde gestern von dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu einer empfindlichen Strafe verurteilt und sofort im Gerichtssaal verhaftet.

Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung war die Frau Olga Driker, wohnhaft Ringbahnstraße 13 zu Tempelhof, angeklagt. — Die erst 21jährige Angeklagte, deren Ehemann im Felde steht, ist Mutter dreier Kinder im Alter von 3, 1 1/2 und 1/4 Jahre. Sie ist erst vor einigen Monaten, wie seinerzeit mitgeteilt, wegen roher Mißhandlungen ihrer Kinder vom Schöffengericht zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden und hat diese Strafe auch verbüßt. Sonderbarerweise wurden ihr nicht schon damals die Kinder abgenommen, sondern blieben ihrer Peinigerin überlassen. Während ihr Ehemann draußen im Felde stand, trieb sich die Angeklagte, die widerrechtlich Schwestertracht trug, mit Soldaten herum und kam gewöhnlich erst spät nachts nach Hause. Während des ganzen Tages blieben die Kinder sich selbst überlassen und mußten hungern und frieren in der ungeheizten Wohnung bleiben. Als der Kriminalschuttmann Richard am 13. Februar in die Wohnung eindrang, fand er einen Zustand vor, der jeder Beschreibung spottete. Das älteste Kind war halb-nackt und hatte sich verunreinigt, so daß die Sachen etwas angefressen waren. Die beiden jüngsten Kinder lagen in einem Bett, welches aus einem sauligen, entseflich riechenden Strohsack und einem schmutzigen Kopfkissen bestand. Auf dem Tisch stand ein Topf mit Kohlbrühen, die in Säulnis übergegangen und schon ganz schwarz waren. Die drei Kinder befanden sich in einem bejammernswerten Zustande. Alle drei wiesen am Körper blaue und grüne Rinde, sowie blutunterlaufene Stellen auf, das 1 1/2jährige Kind hatte an der linken Schläfe eine große blutende Wunde. Nunmehr erst wurden die armen kleinen Wesen ihrer unnatürlichen Mutter abgenommen und anderweitig in Pflege untergebracht.

In der Verhandlung, in der die Angeklagte bestritt, die Kinder mißhandelt zu haben, stellte es sich u. a. heraus, daß sie die Unterstützungsgelder sofort für Puz angelegt und fast nie für ihre Kinder Essen gelocht hatte. — Das Gericht hielt eine Körperverletzung mittels einer unmenschlichen lebensgefährdenden Behandlung für erwiesen und verurteilte die Angeklagte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend mit Rücksicht auf die zutage gelegte unmenschliche Rohheit zu 6 Monaten Gefängnis. Außerdem wurde die Angeklagte sofort im Gerichtssaal verhaftet.

Auch ein Kriegslieferant.

In die Geschäftsgeheimnisse eines Kriegslieferanten leuchtete eine Verhandlung hinein, welche gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehreke beschäftigte.

Wegen Vergehens gegen § 329 St.G.B. — es ist dies der erste Fall der Anwendung dieses Paragraphen — war der Kaufmann Sali Choroski angeklagt. Der genannte Paragraph lautet: Wer die mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder der Marine zur Zeit eines Krieges vorsätzlich entweder nicht zu der bestimmten Zeit oder nicht in der ausbedungenen Weise erfüllt, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft. — Der Angeklagte Choroski hatte sich gegen den zweiten Absatz dieses Paragraphen, der eine Fahrlässigkeit mit Strafe bedroht, zu verantworten. — Wie die Verhandlung ergab, hatte er unter Verweisung des Umstandes, daß er nicht Selbst-erzeugter war, mit dem Kriegslieferungsamt eines Armeekorps einen Vertrag auf Lieferung sog. Postenstiefel, d. h. Filzüberziehschuhe abgeschlossen. Er hatte dann aber die Lieferung nicht nur nicht ausgeführt, sondern überhaupt nichts mehr von sich hören lassen, so daß die Behörde genötigt war, schließlich an anderer Stelle zu bestellen und höhere Preise bezahlen zu müssen. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Wochen Gefängnis. Das Gericht nahm jedoch eine vorsätzliche Handlung an, hieß es aber trotz der erheblichen Vorstrafen des Angeklagten bei der gesetzlichen Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Eine eigenartige Vannbruchsfrage.

Eine kleine Episode aus den galizischen Kriegswirren kam bei der Verhandlung einer Anklage wegen Vannbruchs zur Sprache, die gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte.

Die aus Galizien stammende Arbeiterin Ryka Sperling, welche hier in Berlin sich aufgehalten und in Arbeit gestanden hatte, war vor Jahr und Tag aus dem Bereich des preussischen Staates ausgewiesen worden. Die Sperling ging infolgedessen zu ihrer Mutter in ihre Heimat — einem Dörfchen bei Wodnia in Galizien — zurück. Da kam der Krieg, die Russen überfielen das Dorf. Nur wenigen Einwohnern gelang es, sich der Wut der Russen zu entziehen. Unter ihnen befand sich die Sperling, die das Glück hatte, bei Nacht und Nebel zu entfliehen und unter dem Schutz österreichischer Soldaten den Ort des Schreckens zu verlassen. Sie erwachte einen zur Abfahrt bereit stehenden Militärzug, rettete sich dort hinein und kam auf diese Weise an die preussische Grenze. Sie schlug sich dann bis nach Berlin durch, in der Hoffnung, hier wieder Arbeit zu finden und hatte wohl kaum Ahnung davon, daß sie sich hierdurch des Vannbruchs schuldig gemacht hatte.

Rechtsanwalt Dr. Allee machte für die Angeklagte geltend, daß, wenn irgendwo, so doch gewiß in diesem Falle der Reichsgerichtsparagraph 54 St.G.B. zugunsten der Angeklagten Platz greifen müsse, welcher besagt: Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Falle der Notwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu befeitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist. — Das Schöffengericht hielt mit Recht gleichfalls den § 54 für durchgreifend und sprach die Angeklagte frei.

Brauchen. Weiter wäre die Frage aufzuwerfen, ob es sich nicht ermöglichen läßt, auch an den Wochentagen, wenigstens jetzt während der Ferien, einen Samariter zu stationieren. In der Zeit vom 5. Juli bis 10. Juli hatten wir vier Frauen und einem Kinde das Leben gerettet. Etwas weiter abwärts holte ein Unteroffizier einen Mann heraus. Durch die lange Trockenheit ist das Wasser ein großes Teil zurückgegangen, so daß man an einzelnen Stellen bereits nach wenigen Schritten den Boden unter den Füßen verlor. Und gerade diese sind den in Lebensgefahr befindlichen Personen zum Verhängnis geworden. Wie sieht nicht auch hier durch Kennzeichnung der tiefen Stellen Abhilfe schaffen? Mit vielen Unkosten ist doch dabei nicht zu rechnen, und letzten Endes tragen ja doch auch die Ausflügler einen Teil der Kosten dazu bei.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde die 76 Jahre alte Witwe Marie Hoffmann geborene Grünberg, eine Inhaberin des Friedrich-Wilhelm-Stiftes in der Pallasstraße. Der Greis wurde auf einem Auszug in der Pallasstraße unwohl, sie setzte sich vor dem Hause Nr. 11 auf die Vordschwelle des Bürgersteiges, kam bald um und war schon tot, als man sich ihrer annahm wollte.

Verschmähte Liebe hat den 19 Jahre alten Hausdiener Erich Beyold aus der Albrechtstr. 7 in den Tod getrieben. Seine Leiche wurde gestern vor dem Hause Schiffbauerdamm 29 gefunden.

Vermisst wird seit Mittwoch, dem 7. Juli, ein 17jähriges Mädchen, das bei seinem Fortzuge mit einem dunkelfarbenen Rock, mit weißer Bluse, weißem Strohhut und weißen Schuhen und Strümpfen bekleidet war. Wer über den Verbleib des Mädchens Mitteilung machen kann, wird gebeten, solche an die Mutter, Laborstraße 6, Seitenstr. 1 Tr. links, gelangen zu lassen.

Der Deutsche Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Sonntag, den 18. Juli, seine nächste Oberpreetwald-fahrt. Programm siehe Inserat vom 12. Juli. Teilnehmerkarten a 5,75 M. sind in den Zahlstellen und in der Geschäftsstelle Fritz Kruse, Mariannenstr. 11 (dieselbst auch Auskunft durch Fernruf Moritz-platz 1576) bis Freitagabend zu haben.

Aus den Gemeinden.

Mietsbeihilfe für Erwerbslose in Weiskensee.

Die Gemeinde gewährt Mietsunterstützungen an Erwerbslose unter folgenden Voraussetzungen: Erwerbslose Angestellte, Arbeiter, kleine Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, welche mit dem Hauswirt oder dessen Vertreter einen Mietvertrag abgeschlossen haben, können während der Kriegszeit eine Mietsbeihilfe erhalten, wenn sie unverschuldet durch den Krieg in Not geraten sind und während der letzten vier Wochen vor der Stellung des Antrages Erwerbs- und Arbeitslosen-Unterstützung erhalten haben. Die Jahresmiete der Wohnung darf nicht mehr als 500 M. betragen. Umfang der Mietsunterstützung Wohnräume und für gewerbliche Zwecke bestimmte Räume, so darf der auf die Wohnräume entfallende Teil der Miete nicht mehr als 500 M. betragen. Die Mietsbeihilfe darf 75 Proz. der Miete, aber nicht mehr als 18 M. monatlich betragen. Sie wird nachträglich für den dem Antrage vorausgegangenen Kalendermonat an den Hauswirt gezahlt. Zur Stellung des Antrages ist der Erwerbslose berechtigt, der Antrag ist mündlich unter Vorlegung des Mietvertrages im Wohlfahrtsamt zu stellen. Voraussetzung für die Bewilligung von Mietsbeihilfen ist ein Mietnachschuß bis zu 25 Proz. des Mieters und eine Verpflichtungserklärung des Wirtes über die Fortsetzung des Mietverhältnisses für die Dauer der Zahlung der Mietsbeihilfe. Bei der Bemessung der Höhe des Nachschusses ist auch die wirtschaftliche Lage des Wirtes zu berücksichtigen.

Stadtverordneter Sander in Neudörfen beging gestern seinen 70. Geburtstag. Von den städtischen Körperschaften waren Vertreter des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der einzelnen Fraktionen erschienen, um dem Vorkämpfer ihre Glückwünsche darzubringen. Als Anerkennung seiner sozialpolitischen Tätigkeit, — Sander ist bereits über 25 Jahre Stadtverordneter und 16 Jahre Vorkämpfer, — wurde ihm sein Porträt überreicht, das im Stadtverordneten-Sitzungssaal neben dem Bild des verstorbenen Oberbürgermeisters Wodzin aufgestellt finden soll.

Schließung einer Charlottenburger Badeanstalt.

Die Städtische Zweigbadeanstalt in der Dandelmansstraße 47 zu Charlottenburg wird am 15. Juli d. J. bis auf weiteres geschlossen werden. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß durch Einberufung zum Kriegsdienste ein großer Mangel an Bade-wärtern und Heizerpersonal eingetreten ist und geeignete Ersatzkräfte nicht zu erhalten sind. Da die Besucherzahl der Zweigbadeanstalt in letzter Zeit sehr gering war und andererseits das Schwimmbassin in der Hauptbadeanstalt Krummestraße außerordentlich groß ist, in der der Betrieb mit dem gegenwärtigen Personal weitergeführt werden kann, so bringt die vorübergehende Schließung des Zweigbades für das Publikum keinerlei Schwierigkeiten mit sich.

Beschleunigte Desinfektionen in Charlottenburg.

Zur Beschleunigung der Ausführung von Desinfektionen in dringenden Fällen empfiehlt es sich, sie bei der Charlottenburger städtischen Desinfektionsanstalt (Amst Wilhelm 427) in m i t t e l b a r zu beantragen, ohne die polizeiliche Anzeige bei dieser abzuwarten. Im Interesse der Angehörigen des Kranken oder des Toten wird dadurch viel an Zeit gespart. Die polizeiliche Mitteilung dient der Anstalt nur zur Entscheidung über die Gebührenpflicht.

Berichtszeitung.

Der verhängnisvolle Tausendmarktschein.

Die als verführte Bestechung angesehene Briefaffäre des Hoflieferanten Theodor Wagner wurde gestern zum zweiten Male vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Geh. Justizrats Unger eingehend erörtert.

Der Angeklagte hatte von dem Traindepot in Spandau die Lieferung von Sattelhalftern, Gurten und anderen Bedarfsartikeln übertragen erhalten. Im November war das Rohmaterial knapp. Der Angeklagte erhielt von dem Major Kolb, der die Lieferungen zu vergeben hatte, eine briefliche Erinnerung wegen säumiger Lieferung. Darauf richtete der Angeklagte an den Major Kolb einen Entschuldigungsbrief, in dem er ihn bat, doch Rücksicht walten zu lassen, da durch die Schwierigkeiten der Erlangung des Rohmaterials sich die Lieferung in letzter Zeit etwas verlangsam habe. Als Major Kolb den Brief öffnete, fand er dem Schreiben einen Tausendmarktschein beigelegt. Er machte davon sofort seinem Vorgesetzten gebührend Mitteilung, und die Folge war die jetzige Anklage. Der Angeklagte bestritt mit Entschiedenheit, die Absicht gehabt zu haben, einen Bestechungsversuch zu machen. Er führte den unglückseligen Vorgang auf einen betäubenden Irrtum hin. Vergeßlichkeit seinerseits zurück, die eine Folge einer überstandenen schweren Operation sei. Nach seiner, von seiner Ehefrau bestätigten Darstellung hatte er mit dieser verabredet, daß sie doch verpflichtet seien, eine größere Summe für wohltätige Zwecke, für verwundete Krieger, für das Rote Kreuz usw. zu opfern. Er habe mit der Gattin verabredet, daß diese Gabe — am besten an den Major Kolb eingeschickt werden sollte, und zwar sollte die Frau dem Entschuldigungsbrief einen Brief mit dem